

# OBDACH FERTIG LOS

VERBAND  
WIENER  
WOHNUNGSLOSENHILFE  
2013

# LIEBE LESERIN! LIEBER LESER!

Wohnen wird wieder teurer. Im Bundesdurchschnitt werden die Mieten Anfang 2014 um ca. 5 Prozent angepasst. An was eigentlich? Sicher nicht an die Einkommen, denn die werden weitaus weniger ansteigen.

Gleichzeitig ist leistbares Wohnen eines der Lieblingsthemen vieler Politiker. Die Realität schaut leider anders aus. Gestiegene Mieten und befristete Mietverträge erschweren gerade Menschen mit geringem Einkommen den Zugang zum Wohnungsmarkt ganz erheblich. 2012 waren rund 1,2 Millionen der in Österreich lebenden Menschen armutsgefährdet, Tendenz steigend.

Die sozialen Ungleichheiten nehmen in ganz Europa zu. Während in Österreich im letzten Jahr fast jeder Fünfte von Armut betroffen war, ist es in Bulgarien schon jeder Zweite. Die strukturelle Krise in Europa führt zu immer mehr Entsolidarisierung in unserer Gesellschaft. Arbeitslosigkeit und ihre sozialen Folgen sind aber nicht nur individuelle Angelegenheiten einzelner Personen oder Gruppen. Sie müssen als gesellschaftliches Problem erkannt werden.

Der ideale Arbeitnehmer ist heutzutage ungebunden, flexibel, reisefreudig und ständig bereit, seinen Wohnort zu wechseln. Dieses Phänomen der Neuzeit begegnet uns auch in der Wohnungslosenhilfe wieder. In der 2. Klasse der Gesellschaft heißt es allerdings, das Hotelzimmer gegen einen Schlafsack zu tauschen. Und dass der Stadtpark nicht das Parkhotel ist, wissen zumindest jene, die im Oktober von der Polizei „geräumt“ worden sind.

Die Frage, wie sozial das heutige Europa ist, zeigt sich auch im Umgang mit seinen MigrantInnen.

Selbst Menschen aus den Bundesländern erhalten in Wien oft keine Förderung. Migrationsbewegungen in einem reisefreien Europa verlangen nach neuen Strategien. Dazu fehlen valide Daten in der Wohnungslosenhilfe. Nicht-Anspruchsberechtigte EU-BürgerInnen werden zwar im Rahmen des Winterpakets von der Stadt Wien notversorgt, aber ein weiterer Zugang zum Hilfesystem bleibt in der Regel versagt. Eine erfolgreiche Rückkehrberatung löst das Problem zwar scheinbar bei uns, aber nicht in den Herkunftsländern.

Wie soll sich jemand selbst versorgen können, wenn es überall am Nötigsten fehlt? Natürlich kann man ein europäisches Problem nicht allein in Wien lösen. Hier sind politische Lösungen auf EU-Ebene dringend notwendig. Denn es kann wohl nicht sein, dass in Zeiten, in denen die Krümmung von Gurken und die elektrische Leitfähigkeit von Honig per Verordnung vorgeschrieben sind, es nicht möglich scheint, die Ansprüche der Ärmsten unserer Gesellschaft innerhalb der EU zu regeln.

Manifeste Armut, fehlende körperliche und psychische Gesundheit, Sucht, Erwerbslosigkeit, soziale Krisen – das alles sind prägende Faktoren, die zu Wohnungslosigkeit führen können. Zugangsschwellen und die Abgrenzung höherschwelliger Einrichtungen machen es KlientInnen mit erschwerenden Ausgangsbedingungen oft kaum möglich, Angebote der Wohnungslosenhilfe wahrzunehmen.

Wir sind gefordert zu verhindern, dass in der Wiener Wohnungslosenhilfe ebenfalls eine Zweiklassengesellschaft entsteht. Bisher war unsere Stärke ein differenziertes Angebot, das auch sehr viele Nischen abdeckt. Diesen „Wiener Weg“ gilt es weiterhin zu

beschreiten, damit Inklusion, Teilhabe und Selbstbestimmung für alle möglich sind.

Vieles haben wir gemeinsam schon erreicht, vieles bleibt noch zu erledigen und einiges wird wehtun. „Es gibt keinen Gewinn ohne Verlust und keinen Verlust ohne Gewinn“ hat die ungarische Philosophin Agnes Heller treffend formuliert.

In diesem Sinne, herzlichst, für den  
Verband der Wiener Wohnungslosenhilfe



Roland Skowronek

# INHALT



## IMPRESSUM

*Herausgeber:* Verband Wiener Wohnungslosenhilfe in Kooperation mit "wieder wohnen"

*Redaktionsteam:* Elke Beermann, Elisabeth Hammer, Alexander Lang, Bernhard Lederer, Bernhard Litschauer-Hofer, Oliver Löhlein, Kurt Riha;

*AutorInnen:* Roland Atzmüller, Elisabeth Hammer, Roswitha Harner, Lorenz Lederer, Bernhard Litschauer-Hofer,

Bernhard Pillitsch, Lucia Schletterer, Erich Steurer, Mauro Striano, Günther Wimmer.

*Fotos & Layout:* Kurt Riha (mit besonderem Dank an Herrn Andreas und Herrn Bernhard)

*Anschrift des Herausgebers:*  
Schlachthausgasse 41a, 1030 Wien, Tel. 01/796 43 26  
*E-Mail:* swh2@chello.at

*Druck:* druck.at  
*Erscheinungsort:* Wien, Juni 2014

*Leistbarer Wohnraum ist ein existenzielles Thema*

## WOHNEN FÜR ALLE – EINE UTOPIE?

Das Menschenrecht auf Wohnen ist in Wien noch nicht umgesetzt ..... 04

*Bedarfsorientierte Mindestsicherung am Prüfstand*

## BEDARFSORIENTIERT – ODER DOCH SOZIAL?

Von fehlenden (Rechts-)ansprüchen und deren Auswirkungen ..... 06

*Zur Rolle des öffentlichen Diskurses*

## GESPALTENE GESELLSCHAFT

Im gesellschaftlichen Diskurs wird Armut oft als Ursache sozialer Probleme thematisiert. .... 08

*Am guten Beispiel*

## MOBILES INKLUSIONSMANAGEMENT

Die Wohnungslosigkeit hinter sich zu lassen, ist ein knochenharter Job. Eindrücke aus der Praxis. .... 10

*Die Maßnahme „Winterpaket“*

## EIN MOSAIKSTEINCHEN

Im Gespräch mit Anita Bauer, stellvertretende Geschäftsführerin des Fonds Soziales Wien. .... 12

*Zur europäischen Gesamtsituation*

## HOMELESSNESS AMONGST IMMIGRANTS IN THE EU

Specific services and a more coordinated policy are needed. .... 14

*Zur Frage der Anspruchsberechtigung*

## EIN UNECHTER WIENER GEHT EBEN UNTER ...

Zwei Fallbeispiele belegen, dass die Wiener Wohnungslosenhilfe nicht für alle da ist. .... 16

*Die Sicht des Verbands der Wiener Wohnungslosenhilfe*

## WAS DER SCHLAFSACK SONST NOCH ZUDECKT

Nicht nur die Gesellschaft erlebt eine soziale Polarisierung, auch die Wohnungslosenhilfe könnte zunehmend zu einem Zwei-Klassen-Modell werden. .... 18

*Ein Blick über den Tellerrand*

## ... WER BEHINDERT WIRD!

Die UN-Konvention über Rechte von Menschen mit Behinderung – richtungweisend auch für die Wohnungslosenhilfe. .... 20

## ZAHLEN & FAKTEN

..... 22

## ADRESSEN

..... 38



# WOHNEN FÜR ALLE - EINE UTOPIE?

Steigende Mietpreise, überfüllte Wohnungen, Massenbesichtigungstermine. Ansturm auf die Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe. Wohnen als Luxus.

Leistbarer Wohnraum ist derzeit ein viel diskutiertes Thema. Immerhin geht es um eines der grundlegendsten menschlichen Bedürfnisse. Einer Analyse aus dem Jahr 2012 zufolge müssen einkommensschwache Haushalte bereits die Hälfte ihres Haushaltseinkommens für Wohnkosten aufbringen<sup>1</sup>. Laut einer Studie der Arbeiterkammer haben sich die Hauptmietzinseinnahmen der EigentümerInnen bei Altbauten in Wien innerhalb von 10 Jahren um 58 Prozent erhöht, während die Löhne im selben Zeitraum nur um 22 Prozent gewachsen sind und die Inflation 21 Prozent

betrug<sup>2</sup>. Konsequenz dieser Entwicklungen ist – neben der immens steigenden Belastung des Haushaltsbudgets zur Befriedigung des Wohnbedürfnisses – die Tatsache, dass immer größere Bevölkerungsteile am privaten Wohnungsmarkt als nicht mehr konkurrenzfähig einzustufen sind. Hierzu zählen neben EmpfängerInnen von bedarfsorientierter Mindestsicherung oder staatlichen Versicherungsleistungen auch Haushalte mit unterdurchschnittlichem Lohneinkommen („working poor“).

Um die Effekte dieser sozialpolitisch bedenklichen Tendenz abzumildern, braucht es neben städtebaulicher und gesetzgeberischer Aktivität vor allem eine wirksame Delogierungsprävention. 2013 wurden bei den Wiener Bezirksgerichten 21.060 den Wohnraum betreffende Verfahren eingebracht. In 6.885 Fällen wurde Räumungsexekution beantragt und 2.562 mal eine zwangsweise Räumung durchgeführt.<sup>3</sup>

#### **MieterInnen am kürzeren Ast**

Die Frühzeitigkeit ist ein wichtiger Maßstab in Hinblick auf eine erfolgversprechende Prävention von Wohnungsverlust<sup>4</sup>. Setzen die Interventionen erst bei Anhängigkeit eines Räumungsverfahrens ein, liegen oftmals bereits hohe Mietschulden vor und eine Rettung des Mietverhältnisses wird unwahrscheinlich. Auch weil der Vermieterseite eine Räumung häufig den Vorteil bringt, sich eines unbefristeten Mietvertrages entledigen und die Wohnung bei Abschluss eines neuen Vertrages teurer vermieten zu können. Im Sektor der Gemeindewohnungen bildet das neue Wiener Wohnungssicherungsgesetz die Basis

für eine frühzeitige Delogierungsprävention. Auch die Wohnpartner spielen in diesem Bereich eine wichtige Rolle, obschon es bei hocheskalierten Konflikten immer wieder zu Delogierungen von Personen kommt, die auch am privaten Wohnungsmarkt schwer vermittelbar sind. Für den privaten Sektor wären vergleichbare Ansätze des Konflikt- und Nachbarschaftsmanagements sicherlich wünschenswert.

Handlungsbedarf besteht auch bezüglich der Information der Wiener Bevölkerung über vorhandene Hilfsangebote, wie etwa die Fachstelle für Wohnungssicherung, die Mieterhilfe oder die Schlichtungsstelle. Über die Mieterhilfe haben alle Wiener MieterInnen niederschweligen und kostenlosen Zugang zu juristischer Beratung. Über das ExpertInnen-Telefon wird den MitarbeiterInnen nichtspezialisierter Einrichtungen kompetente Information zu mietrechtlichen Belangen zugänglich gemacht. Die Schlichtungsstelle ist ein wichtiger Akteur im Erhalt von leistbarem Wohnraum.

Altbauwohnungen, die unter den Vollarwendungsbereich des Mietrechtsgesetzes fallen, machen einen maßgeblichen Anteil der Wiener Baubestanz aus. Sie unterliegen daher hinsichtlich des Mietzinses detaillierten Regeln, sind de facto aber zu einem großen Teil überteuert<sup>5</sup>. Neben Informationsdefiziten bezüglich Möglichkeiten und Antragsstellung, spielt hier die berechtigte Angst eine Rolle, dass ein befristeter Mietvertrag nicht verlängert werden wird, falls die Schlichtungsstelle in Anspruch genommen wird. VermieterInnen droht hingegen

sogar bei extremer Überschreitung des zulässigen Mietzinses als Konsequenz nur die (rückwirkende) Reduzierung auf den legal höchst zulässigen Betrag. Eine weitere Einschränkung ihrer Wirksamkeit wird die Schlichtungsstelle zukünftig dadurch erfahren, dass ein immer geringerer Prozentsatz der Wohnungen dem strengeren MRG unterliegen wird. Hier sind Maßnahmen zu überlegen, die auch bei Neubauten der Miethöhe greifbare Grenzen setzen.

#### **Vielfältige negative Wirkungen**

Die Zunahme bei der Befristung von Mietverträgen<sup>6</sup> ermöglicht der Eigentümerseite zwar eine flexiblere Bewirtschaftung der Liegenschaft, entzieht der Mietpartei aber Sicherheit in einem sehr sensiblen Lebensbereich. Der Bezug zum Mietobjekt wird geschwächt, die Mieten durch häufigeren Abschluss neuer Verträge in einer für die Mieterseite ungünstigen Marktsituation in die Höhe getrieben. Das Gemeinwesen leidet unter dem Wegfall stabiler Nachbarschaften, die allgemeine Lebensplanbarkeit wird unterhöhlt (siehe z. B. Schul- bzw. Kindergartenbesuch der Kinder). Personen, die sich nach einer Verschlechterung der Einkommenssituation den bisherigen Zins noch leisten können, laufen bei Befristungsablauf Gefahr, keine neue Wohnung zu finden.

Neben den angeführten Hilfsangeboten ist rechtzeitige Aufklärung über vorhandene materielle Unterstützungsmöglichkeiten bedeutsam. Hier wäre die Einrichtung einer Erstanlaufstelle im Sinne eines One-Stop-Centres zu erwägen, um Zeitverlust durch Wartezeiten und Fehlzuleisungen

zu verhindern und um gebündelt kompetente und situationsgerechte Information zur Verfügung zu stellen. Positiv zu erwähnen ist, dass die Einführung eines einheitlichen Wohngeldes geplant ist, um die verwirrende Doppelgleisigkeit von Wohnbeihilfe über die MA 50 und Mietbeihilfe über die MA 40 zu beseitigen, der Diskussionsprozess ist allerdings noch im Gange und die Umsetzung noch nicht abgeschlossen.

Die aktuelle Diskussion zu leistbarem Wohnraum ist notwendig und zu begrüßen. Es ist ein wichtiges, existentielles Thema. Zu hoffen bleibt, dass auch in Nachwahlkampfzeiten der politische Eifer nicht verebbt. Reformbedarf ist dringend gegeben, denn das Menschenrecht auf Wohnen, unter dessen Wortlaut dieser Artikel steht, ist in Wien noch nicht umgesetzt. Das sollte die Richtung für unser Handeln vorgeben.

„Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen (...).“

Artikel 25,  
Allgemeine Erklärung  
der Menschenrechte

<sup>1</sup> Österreichische Nationalbank, Quartalspublikation 4/2012, S 82ff

<sup>2</sup> Vgl. Tockner, Lukas (2012): Mietensteigerung in Österreich und Wien, Auswertungen aus dem Mikrozensus, Arbeiterkammer Wien, S 7f

<sup>3</sup> Quelle: Bundesrechenzentrum

<sup>4</sup> Vgl. dazu Evaluierung Wiener Wohnungslosenhilfe in Wiener Sozialpolitische Schriften, Band 4

<sup>5</sup> Vgl. dazu u.a. Artikel auf <http://wien.orf.at/news/stories/2629764/> vom 7. Februar 2014

<sup>6</sup> Vgl. dazu u.a. Artikel auf <http://derstandard.at/1326503690110/Wohnungsmieten-Arbeiterkammer-will-Befristungsunwesen-zurueckdraengen> vom 25. Jänner 2012



# **BEDARFSORIENTIERT - ODER DOCH SOZIAL?**

Von fehlenden (Rechts-)Ansprüchen  
und ihren Auswirkungen.

Die Umstellung von Wiener Sozialhilfegesetz (WSHG) auf die bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) brachte auch für die KlientInnen der Wiener Wohnungslosenhilfe (WWH) und das soziale Hilffsystem selbst viele Veränderungen. Einiges hat sich für BezieherInnen vereinfacht und verbessert. So kann die Eingliederung der BMS-BezieherInnen in das allgemeine System der Krankenversicherung genannt werden. Die Möglichkeit, via E-Card am medizinischen Versorgungssystem zu partizipieren, hat viel dazu beigetragen, um Angst bzw. Scham vor dem Arztbesuch zu verringern – und Folgewirkungen hintanzuhalten.

Auch auf institutioneller Ebene und aus sozialarbeiterischer Sicht hat jene klar kommunizierte Regelung, die ein Viertel der bedarfsorientierten Mindestsicherung für Wohnzwecke vorsieht, die Planbarkeit verbessert. Gezielt kann mit KlientInnen nun darauf hingearbeitet werden, diesen Fixbetrag in der allgemeinen Lebensplanung zu berücksichtigen.

Dennoch sind einige Fragen rund um die BMS in Kombination mit dem WSHG ungenügend geklärt und erschweren sowohl MitarbeiterInnen der Wiener Wohnungslosenhilfe als auch KlientInnen das Verständnis der aktuellen Regelungen.

#### **BMS: Ja – Sozialhilfe: Nein**

Ein für die Stadt Wien höchst relevantes Thema ist die Abklärung von Zuständigkeiten bezüglich des Anspruchs auf Unterstützungsleistungen im Rahmen der Wohnungslosenhilfe. Diese wird derzeit unabhängig vom aktuellen BMS-Bezug geregelt, da es sich aus gesetzlicher Sicht um eine Kann-Leistung im Rahmen des Wiener Sozialhilfegesetzes (WSHG) handelt und daher nicht in den Aufgabenbereich der Hoheitsverwaltung fällt. Dies kann zu der Situation führen, dass Menschen zwar in Wien bedarfsorientierte Mindestsicherung beziehen, aber keinen Anspruch auf Leistungen der WWH haben – und diesbezüglich an ihr Herkunftsbundesland verwiesen werden.

Abgesehen davon, dass nun die – wie auch immer organisierten – Sozialhilfeträger bzw. Sozialverwaltungen in zwei Bundesländern sich mit einer AntragstellerIn befassen müssen, ist dies

für Betroffene und auch betreuende Einrichtungen oft schwer nachvollziehbar. Dies könnte mit einer österreichweit einheitlichen Regelung, die den Anspruch auf Leistungen der Wohnungslosenhilfe an die Berechtigung zum (bundeslandbezogenen) Bezug der BMS koppelt, gelöst werden.

Größere Städte – und Wien im Speziellen – sind aus vielerlei Gründen für betroffene Menschen attraktiv. Die Stadt als Ort der Anonymität bietet nicht nur eine besondere Lebensqualität, sondern auch mehr Beschäftigungsalternativen als ländlich strukturierte Teile des Landes, die zudem oft von Abwanderung betroffen sind. Nicht nur akute Notlagen, sondern die Suche nach neuen Lebensperspektiven zieht Menschen in die Stadt. Dadurch ergibt sich die Frage nach einer anteiligen, solidarischen Finanzierung von Angeboten im Bereich der Wohnungslosenhilfe durch alle Bundesländer. Dies könnte, wie nicht zuletzt auch in anderen Bereichen (z.B. die Grundversorgung von AsylwerberInnen) über Quoten geregelt werden.

Negative Effekte, die zu einer einseitigen Belastung einzelner Bundesländer, und in der Folge zu einer Überforderung des dortigen Hilffsystems führen, sind hierbei zu bedenken und zu vermeiden. Gegebenenfalls kann, wie auch im Rahmen der BMS-Einführung, eine Österreichweite Arbeitsgruppe installiert werden, die die Entwicklung beobachtet und entsprechende Modifizierungen erarbeitet.

Die Veröffentlichung entsprechender Zahlen bzw. Informationen darüber, ob und wie einzelne Bundesländer

die Quoten erfüllen, könnte zu einer entsprechenden Diskussion über die Versorgungsquantität und -qualität von wohnungslosen Menschen in Österreich beitragen.

#### **Zukunft oder Herkunft**

Die aktuelle Regelung mit der Fokussierung auf das Herkunftsbundesland bzw. der Frage, wo der unmittelbare Lebensmittelpunkt zum Zeitpunkt der Antragstellung (auf Leistungen der Wohnungslosenhilfe) liegt, bewirkt, dass Menschen trotz aktueller Notlage keine adäquate Hilfe in Anspruch nehmen können. Dieser Umstand lässt zum einen unberücksichtigt, dass Menschen immer schwerwiegende Beweggründe haben, ihre gewohnte Umgebung zu verlassen. Zum anderen hält es Menschen eben auch nicht ab, ihr Bundesland aus den bereits genannten Gründen zu verlassen.

Vollends schwierig wird die Situation, wenn auf Grund fehlender Meldungen nach dem Meldegesetz sich weder im Herkunftsbundesland noch im Zielbundesland Ansprüche auf Hilfestellung im Bereich der Wohnungslosenhilfe begründen lassen.

In Wien steht Menschen in dieser Situation für die Zeit der Anspruchsabklärung eine zeitlich befristete Unterbringung in einem NächtigerInnen-Quartier zu Verfügung. Die Abklärung erfolgt vorerst durch einen Antrag auf eine Leistung der WWH. Wird dieser abgelehnt, kann ein sogenannter Härtefall-Antrag eingebracht werden. Wird auch dieser abschlägig behandelt, bleiben als Optionen nur mehr der Versuch einer Rückkehr ins Herkunftsbundesland oder die Übernachtung auf

der Straße. Weiteres ist keine Perspektive, die auf eine nachhaltige Veränderung abzielt.

#### **Working Poor und nicht mobil**

Die aktuelle Rechtslage steht auch im Widerspruch zur oftmals eingeforderten Flexibilität am Arbeitsmarkt. Gerade im Niedriglohnbereich – Stichwort: Working Poor – fehlt es Menschen, die an der Armutsgrenze leben müssen, oft an Ressourcen und letztlich Sicherheit, um ihren Lebensmittelpunkt (z.B. für ein Jobangebot) verlagern zu können. Angesichts der Tatsache, dass Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung (mit einigen Einschränkungen, die aus den jeweiligen länderspezifischen Versicherungssystemen herrühren) mittlerweile in ganz (EU-)Europa zur Geltung gebracht werden können, erscheint dies als nicht mehr zeitgemäß.

Für Menschen in akuten Notlagen, die von Obdachlosigkeit bedroht sind, bleibt zu hoffen, dass die Verschiebung der Überarbeitung der Vereinbarung zwischen Bund und Ländern gemäß Art. 15a B-VG über eine bundesweite bedarfsorientierte Mindestsicherung auf das Jahr 2016 auch mehr Zeit bringt, sich dem Thema der Anspruchsberechtigung zu widmen. Handlungsbedarf scheint jedenfalls für alle Beteiligten gegeben.

**Wer in Wien bedarfsorientierte Mindestsicherung bezieht, muss hier noch lange keinen Anspruch auf Leistungen der Wohnungslosenhilfe haben.**



# GESPALTENE GESELLSCHAFT

Im gesellschaftlichen Diskurs wird Armut als Ursache sozialer Probleme thematisiert – und ist in Wahrheit deren Ergebnis.  
Von Roland Atzmüller

## **Präambel: Die Mittelschicht wird ungemütlich**

In Deutschland stimmten laut der von Wilhelm Heitmeyer geleiteten Langzeitstudie „Deutsche Zustände“<sup>41</sup> 52,7 Prozent der Bevölkerung der Aussage zu, dass die „meisten Langzeitarbeitslosen nicht wirklich interessiert sind, einen Job zu finden“. 61,2 Prozent gaben an, es „empörend zu finden“, wenn sich „Langzeitarbeitslose auf Kosten der Gemeinschaft ein bequemes Leben machen“. 38 Prozent stimmten der Aussage zu, dass Obdachlose in den Städten „unangenehm“ und mehr als 30 Prozent, dass sie arbeitsscheu seien. 35 Prozent befürworteten ihre Entfernung aus den Fußgängerzonen.

Die Ergebnisse der Langzeitstudie zeigten, dass seit 2009 die Zustimmung zu allen oben genannten Aussagen (mit Ausnahme der letzten, die gleich geblieben ist) zum Teil erheblich gestiegen ist – besonders bei den Besserverdienern, den sogenannten Mittelschichten. Besonders hoch ist die Zustimmung zu den skizzierten Aussagen bei jenen, die einem unterneh-

merisch orientierten Selbstbild – wie es von neoliberaler Seite propagiert wurde – anhängen, das auf Eigenverantwortung und Selbstoptimierung setzt. Das von neurechten Ideologen wie Thilo Sarrazin und antiaufklärerischen Philosophen geforderte Ende des „räuberischen Wohlfahrtsstaates“, der „Naivität der Gutmenschen“ und der „Multikulturträumereien“ ist in Zeiten der Krise auf fruchtbaren Boden gefallen.

## **Die Krisen und ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft**

In den letzten Jahren wurde aus der Finanzmarktkrise eine Staatsschuldenkrise. Die Staaten haben die Kosten der Krise vergesellschaftet und durch Bankenrettungspakete, Konjunkturstimuli und die Wirksamkeit der sogenannten automatischen Stabilisatoren der sozialen Sicherungssysteme, die ein Durchschlagen der Krise auf die Bevölkerung anfänglich abfederten, eine tiefe Depression und einen Kollaps der (Welt-)wirtschaft verhindert. Die wirtschaftliche Stabilisierung zielte aber – entgegen anfangs anderslautender Rhetorik – nicht auf eine Eindämmung

der Finanzmärkte und der Spekulation. Was folgte war vielmehr eine Radikalisierung und Redynamisierung neoliberaler Ideologie, die einmal mehr den angeblich überbordenden Wohlfahrtsstaat, das Wachstum unproduktiver Ausgaben für TransferleistungsempfängerInnen, wie PensionistInnen, Sozialhilfe- bzw. MindestsicherungsbezieherInnen, Arbeitslose, zur eigentlichen Ursache der Krise stilisierte.

Diese und nicht etwa die ökonomischen Ungleichgewichte in Europa wurden daher zum Ziel des europäischen Krisenmanagements, das nicht zuletzt von den ökonomisch dominanten Staaten den Krisenstaaten aufgezwungen wurde. Das Kapital der Exportnationen, wie etwa Deutschland und Österreich, sicherte seine Profite auf Kosten der Handelsbilanzdefizite der südeuropäischen Peripherie (Spanien, Griechenland etc.) und der eigenen Lohnabhängigen, deren Löhne weit hinter dem Wirtschafts- und Produktivitätswachstum zurückblieben. Da diese Staaten ihre Importüberschüsse nur durch öffentliche und private Verschuldung und Kreditaufnahme finanzieren konnten, kam es zu einer massiven Krise dieser Länder, als ihnen, wie es so schön heißt, die Finanzmärkte das Vertrauen entzogen.

Was in der ersten Phase der Krise voreilig als Niedergang des Neoliberalismus interpretiert wurde, wurde nun zum Motor seiner Radikalisierung. Die „Rettung“ der Krisenländer durch die reicheren Staaten der EU (im ESM) wurde schließlich zum zentralen Hebel dafür. In dieser Ent-

wicklung wurden die Ursachen der Krisen seit 2008 zur alternativen Strategie ihrer Bewältigung gemacht. Die „Rettung“ der Krisenstaaten durch das europäische Krisenmanagement besteht daher aus den seit mehr als drei Jahrzehnten bekannten Angriffen auf die europäischen Wohlfahrtsstaaten. Diese zielen auf massive Kürzungen der Sozialleistungen, den Abbau des öffentlichen Dienstes, Privatisierungen des öffentlichen Eigentums, einer Schwächung der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht, Lohnkürzungen (nicht zuletzt auch bei den Mindestlöhnen), die Reduktion arbeitsrechtlicher Regelungen etwa in Bezug auf Arbeitszeit, weitere Flexibilisierungen der Arbeitsmärkte usw. – kurz gesagt also darauf, das Reproduktionsniveau der Bevölkerung soweit zu senken, damit es mit dem globalisierten Wettbewerb kompatibel wird. Die Folgen sind bekannt und vertiefen jene gesellschaftlichen Auswirkungen, die die Durchsetzung neoliberaler Regierungsprojekte seit Anfang der 1980er Jahre begleitet.

### Die soziale Kluft verschärft sich

Die sozialen Ungleichheiten nehmen massiv zu, nicht zuletzt weil der Anteil der Löhne am BIP massiv zurückgeht, während Vermögenswerte ansteigen. Durch die Krise und die austeritätspolitischen Maßnahmen ihrer Bewältigung steigt in den EU-Staaten die Arbeitslosigkeit massiv und erreicht in Ländern wie Spanien und Griechenland etwa 25 Prozent. Insbesondere Jugendliche sind vom Anstieg der Arbeitslosigkeit massiv betroffen. In Griechenland waren im März 2012 mehr als 55 Prozent der Jugendlichen arbeitslos, in Spanien

ebenfalls. In diesen Ländern sind Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen Folgen ein gesellschaftsweites Problem, das nicht auf wenige Gruppen abgeschoben werden kann, wie das etwa in Ländern wie Österreich oder Deutschland noch der Fall ist. Aber auch in diesen Ländern ist es in den letzten Jahren zu einem erheblichen Anstieg der Arbeitslosigkeit gekommen, die zwar im internationalen Vergleich immer noch niedrig ist, in Österreich aber die höchsten Werte der 2. Republik erreicht. Angesichts der Tatsache, dass die ökonomischen Ursachen der Krise seit 2008, wie bereits angedeutet, nicht beseitigt wurden, ist den gegenwärtigen Prognosen einer wirtschaftlichen Erholung mit Vorsicht zu begegnen, eine Trendumkehr auf den Arbeitsmärkten ist daher wohl nicht zu erwarten.

Die jüngsten Zahlen der EU zeigen, dass in der Krise der Anteil der von Armut und sozialem Ausschluss bedrohten Personen europaweit – wenig überraschend – angestiegen ist. So sind in den reicheren Überschussländern etwa 20 Prozent, in den Krisenstaaten bis zu einem Drittel, in der osteuropäischen Peripherie aber mehr als 40 Prozent der Bevölkerung davon betroffen. Angesichts dieser Zahlen stellt sich die Frage, inwieweit das Soziale Europa, das in den Reden vieler Politiker gern beschworen wird, nicht mehr ist als eine Chimäre (siehe Tabelle unten).

### Ideologische Verschiebungen

Was sind nun die Folgen dieser Entwicklungen auf politischer Ebene? Auch wenn sich die Betroffenen in Ländern wie Spanien oder Grie-

chenland verzweifelt gegen ihre Verarmung und die Zerstörung ihrer Gesellschaften wehren, so prägt die Auseinandersetzungen in Deutschland und Österreich in den letzten Jahren ein Trend zur Entsolidarisierung, die durch die kampagnenartige Debatte um die Auslassungen eines Thilo Sarrazin<sup>2</sup> oder Peter Sloterdijk<sup>3</sup> massiv befeuert wurde. Trotz (oder wegen?) ihrer Selbststilisierung zu Opfern des Tugendterrors der sogenannten political correctness haben diese eine massive Rechtsverschiebung des Diskursfeldes um Armut, ihre Ursachen und die davon Betroffenen ermöglicht. Dies hat sich etwa bei den Einschränkungen des Zugangs von innereuropäischen MigrantInnen zu Sozialleistungen oder der Ausdehnung von Bettelverboten und Wegweiserechten für die Polizei und den diese begleitenden Diskussionen gezeigt.

Auch die jüngsten Kampagnen gegen Roma und Sinti zeigen, wie weit sich das Feld des Sagbaren und in weiterer Folge Machbaren erweitert hat, wenn diesen Campierplätze verweigert, Kinder entzogen oder sie ausgewiesen werden. In den Prozessen der Entsolidarisierung wird die Armutsbevölkerung quasi aus der Ge-

## Das Feld des Sagbaren erweitert stetig das Feld des Machbaren.

sellschaft hinausdefiniert und zum Fremdkörper erklärt, der aufgrund spezifischer Armutskulturen integrationsunfähig und -willig ist. Sie wird zur Bedrohung, die den Produktiven zur Last fällt und den gesellschaftlichen Zusammenhalt bedroht. Die Armen erscheinen als Ursache der Krise der Gesellschaft und nicht als ihr Ergebnis.

<sup>1</sup> Heitmeyer, Wilhelm: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entsicherten Jahrzehnt, in: ders. (Hg.): Deutsche Zustände, Bd. 10, Frankfurt/Main, 15-41, 2012.

<sup>2</sup> Sarazzin, Thilo: Deutschland schafft sich ab: Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. München, 2010

<sup>3</sup> vgl. Sloterdijk, Peter (2009): Die Revolution der gebenden Hand, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (13.06.2009); <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/kapitalismus/die-zukunft-des-kapitalismus-8-die-revolution-der-gebenden-hand-1812362.html>

### Armutsbetroffene Bevölkerung in Europa in %

	2008	2009	2010	2011	2012
Europa (14 Staaten)	21,7	21,4	21,9	22,9	23,3
Deutschland	20,1	20,0	19,7	19,9	19,6
Österreich	18,6	17,0	16,6	16,9	18,5
Griechenland	28,1	27,6	27,7	31,0	34,6
Spanien	24,5	24,5	26,7	27,7	28,2
Bulgarien	44,8	46,2	49,2	49,1	49,3
Rumänien	44,2	43,1	41,4	40,3	41,7

Quelle: Eurostat



## MOBILES INKLUSIONS- MANAGEMENT

„Wohnungslos zu sein ist ein Fulltimejob.“ So könnte man die Situation wohnungsloser Menschen zusammenfassen.

Wenn sie nicht gerade dabei sind, ihr eigenes Überleben bei Wind und Wetter auf der Straße zu sichern, müssen sich Wohnungslose die Zuweisung zur Übernachtung im Notquartier besorgen, Bestätigungen z.B. vom Arbeitsmarktservice holen, Anträge stellen, TBC-Untersuchungen durchführen lassen, den Weg zu Ämtern finden, ihre Geschichte an verschiedenen Stellen erzählen, bei wohltätigen Organisationen um Hilfe ansuchen, Menschen auf der Straße um eine milde Gabe bitten – und dabei auch die eigenen Probleme, Sorgen und Ängste bewältigen.

Diese Situation ist fordernd, für viele überfordernd. Das Leben auf der Straße geht an die Substanz. Die Aufgaben des täglichen Lebens, von der Bürokratie vorgegebene Wege oder Aufträge von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, wie Anträge abgeben, Termine einhalten oder Unterlagen beschaffen, werden zu einem unüberwindbaren Hindernis. Der Ausstieg aus der Wohnungslosigkeit rückt in weite Ferne. Viele KlientInnen bleiben deshalb länger als nötig in der Wohnungslosenhilfe.

Die Evaluierungsstudie der Wiener Wohnungslosenhilfe brachte die Einsicht, dass es bei vielen wohnungslosen Menschen an einer begleitenden Betreuung fehlt, die ergänzend zu und vernetzt mit den fallführenden bzw. betreuenden Einrichtungen, wie Tageszentren, P7 usw., mit den KlientInnen gemeinsam die nötigen Wege erledigt, um in eine betreute Wohnform oder eine eigene Wohnung ziehen zu können. Eine intensive Vernetzung zwischen Einrichtungen

der Wohnungslosenhilfe bestätigt dies. Wie in der Studie ersichtlich, hat eine kurze Wartezeit auf einen Wohnplatz bei wohnungslosen Menschen hohe Bedeutung.

### **Mehr Mut durch Begleitung**

Hier setzt Mobiles Inklusionsmanagement (MIM) an. Dabei handelt es sich um ein mobiles, aufsuchendes Team. KlientInnen werden zur persönlichen Begleitung dort abgeholt, wo sie sich gerade befinden, im übertragenen wie im wörtlichen Sinn. MitarbeiterInnen des MIM holen die KlientInnen morgens direkt aus dem Notquartier oder dem Tageszentrum ab und begleiten sie zu vereinbarten und gemeinsam vorbereiteten Terminen. Durch die Zeit, die sie mit den KlientInnen verbringen, entsteht eine sehr engmaschige Betreuungsbeziehung.

Grob vereinfacht können zwei Zielgruppen identifiziert werden: Jene Menschen, bei denen oft nur eine Urkunde, eine Bestätigung, eine Unterschrift etc. fehlt. Aber es fehlt eben etwas, damit die bürokratischen Hürden zur Wohnversorgung überwunden werden können – oftmals fehlen auch Motivation oder Selbstvertrauen für einen weiteren Anlauf. Gemeinsam mit einer BetreuerIn wird es einfacher, die ausstehenden Termine dann doch zu erledigen.

Die zweite Zielgruppe sind jene Menschen, die durch erhöhte Belastung mit vielfältigen Problemlagen einfach nicht weiter kommen und über lange Zeitspannen (immer wieder) akut wohnungslos sind („DrehtürklientInnen“ bzw. „SystemsprengerInnen“). In der Evaluierungsstudie

wurde darauf hingewiesen, dass es hier möglicherweise ein besonderes, erweitertes Angebot geben müsste, um diese Menschen aufzufangen. Dabei ist neben vertrauensbildenden Maßnahmen der aktuelle Stand der Fallarbeit unterschiedlicher betreuender Einrichtungen einzuholen.

### **Frustrationen überwinden**

Mit den Case ManagerInnen des Beratungszentrum Wohnungslosenhilfe (bzWO) wird geklärt, welche Schritte zur Zielerreichung noch oder erneut zu gehen sind. Diese sind gemeinsam mit den Betroffenen zu planen und durchzuführen. Da für Fallkonferenzen bei betreuenden Einrichtungen aus Ressourcenmangel leider nicht immer Zeit ist, werden die Entwicklungen der Fallverläufe möglichst zeitnah durch die MitarbeiterInnen des MIM an die relevanten Einrichtungen (z.B. Wohnhäuser, Beratungsstellen, Therapieeinrichtungen, Justizvollzugsanstalten ...) kommuniziert. Der Forderung nach einer besseren Zusammenarbeit der betreuenden Einrichtungen wird so Rechnung getragen.

Die Herausforderung liegt dabei darin, mit zum Teil bereits jahrelang fallführenden Einrichtungen und deren KlientInnen zu einer konstruktiven, lösungsorientierten Zusammenarbeit beizutragen, Schwierigkeiten konkret zu benennen und auch Frustrationen über vergangene Fehlschläge auf dem Weg aus der akuten Wohnungslosigkeit zu bewältigen. Hier wird ersichtlich, dass sowohl betroffene, als auch betreuende Menschen mit Belastungssituationen konfrontiert sind, wenn der Erfolg der gemeinsamen Arbeit über längere Zeit ausbleibt.

Es zeigt sich, dass durch MIM persönlich begleitete Menschen Termine eher wahrnehmen und durch die Unterstützung vor Ort auch erfolgreich abschließen. Das mobile Team kann sich bei den Begleitungen den Menschen widmen und ihnen den Rücken stärken. Ängste und Stress werden minimiert.

**Mobiles Inklusionsmanagement: KlientInnen werden zur persönlichen Begleitung dort abgeholt, wo sie sich gerade befinden – im übertragenen wie im wörtlichen Sinn.**

## **EINE FALLGESCHICHTE**

*Herr H. hat schon einige Anläufe zur Bewältigung eines Termins hinter sich. Um 11:30 soll erneut ein Termin, dieses Mal in Begleitung eines Mitarbeiters der Mobilen Inklusion (MIM) stattfinden. Herr H. ist schon um 11:15 vor Ort. Aber offenbar gibt es ein Problem. Vorherige Termine haben sich verzögert. Es wird 11:45, dann 12:00. Herr H. wird unruhig.*

*Diese Amtswege stellen für ihn, der schon einige Jahre wohnungslos ist, stets eine große Hürde dar. Herr H. steht auf, geht auf und ab, will gehen. Der MIM-Mitarbeiter spricht mit ihm, beruhigt ihn, fragt nach, wie lange es noch dauert. Fünf Minuten später ist Herr H. endlich dran und kann mit seinem erfolgreich absolvierten Termin*

*darauf hoffen, bald in ein sozial betreutes Wohnhaus zu ziehen.*

*Aber auch auf der anderen Seite des Schreibtisches löst die Begleitung einiges aus. Eine Mitarbeiterin des mobilen Teams kommt mit Herrn D. in eine soziale Einrichtung. Der Mitarbeiter dort bietet seinen Gästen Kaffee an. Als die Mitarbeiterin von MIM merkt, dass Herr D. irritiert ist, spricht sie ihn darauf an. Es stellt sich heraus, dass Herrn D. bei unzähligen Terminen vorher noch nie ein Kaffee angeboten wurde, sodass er nicht weiß, wie er sich verhalten soll. Herr D. ist auf Grund der freundlichen Geste während des Termines deutlich entspannter.*



# EIN MOSAIKSTEINCHEN

## Interview mit Anita Bauer, stellvertretende Geschäftsführerin des FSW

### **Das Winterpaket der Wiener Wohnungslosenhilfe: Wie würden Sie dieses Angebot beschreiben?**

Das Winterpaket ist ein Zusatzangebot der WWH, in welchem besondere Umstände im Winter berücksichtigt werden. Es hat zum Ziel, obdachlosen Menschen ein Mindestmaß an Angeboten zu machen, ihnen die Möglichkeit zu geben, zu nächtigen, sich zu duschen und zu essen. Dadurch soll insbesondere verhindert werden, dass Menschen dem Winter zum Opfer fallen. In diesem Sinne ist es die Aufgabe des Winterpaketes, eine Notversorgung anzubieten.

### **An wen richtet sich das Winterpaket der WWH?**

An Menschen, die von Obdach- oder Wohnungslosigkeit betroffen sind; auch an diejenigen, die ganzjährige Angebote der WWH nicht nutzen wollen oder können. Zum Beispiel weil sie sich während der wärmeren Monate auf der Donauinsel aufhalten, weil sie aufgrund psychischer Erkrankungen nicht in Einrichtungen gehen wollen, oder weil sie nicht aus Wien oder Österreich kommen und daher keine Ansprüche auf Leistungen der WWH haben.

### **Hat sich die Zielgruppe während der letzten Jahre verändert?**

Nein, das Winterpaket ist nach wie vor für alle Menschen gedacht, die von Obdach- oder Wohnungslosigkeit betroffen sind; unabhängig davon,

ob sie Ansprüche auf Leistungen der WWH haben. Wir beschäftigen uns gerade intensiv damit, ein genaueres Bild davon zu bekommen, wer dieses Angebot dann auch tatsächlich nutzt. Wir vermuten, dass sich das geändert hat und längst nicht mehr alle Nächtigerinnen und Nächtiger klassisch obdachlos sind. Die Thematik des Winterpakets hat viele Facetten und in einem Europa, das offen ist, immer mehr neue Facetten.

### **Welche „europäischen Facetten“ hat das Winterpaket?**

Wir haben in Europa Phänomene von Wander-, Migrations- oder Arbeitsmigrationsbewegungen, das spüren wir auch im Winterpaket. Auch Veränderungen in anderen Ländern – etwa in Ungarn – merken wir. Momentan leben wir mit diesem Phänomen. Die Frage ist aber, wie wir damit handeln können. Da gibt es aber sicher auch nationale und internationale Themen, die wir in Wien nicht lösen können. Über die können wir aus Sicht der WWH berichten. Derzeit basieren aber viele meiner und unserer Behauptungen auf Vermutungen und subjektiven Eindrücken. Unsere erste Strategie ist es also, valide Daten zu erheben, mit denen wir planen und argumentieren können.

### **Was wären aus Ihrer Sicht wünschenswerte Entwicklungen auf europäischer Ebene?**

Wünschenswert wäre natürlich, dass

sich die Kluft, die es europaweit gibt, minimiert. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind international gut vernetzt. Das leisten wir uns auch, weil wir glauben, dass das die Fachlichkeit in Wien und in anderen Ländern heben kann. Das ist ein kleines Mosaiksteinchen. Ich glaube es geht darum, die Systeme – dort, wo das möglich ist – an einen gemeinsamen Standard heranzuführen. Dass das schneller vorangeht, das würde ich mir wünschen.

### **Wie schätzen Sie den Erfolg des Winterpakets 2013/2014 ein?**

Das erfolgreiche Winterpaket hat zwei Faktoren: Zum einen, dass niemand zu Schaden kommt – in diesem Punkt waren wir erfolgreich. Im Winter 2013/2014 ist – soweit wir wissen – bisher niemand zu Schaden gekommen. Was die Kosten-Nutzen-Analyse zum anderen betrifft, haben wir schon verloren. Das heurige Winterpaket war trotz mildem Winter das bisher teuerste.

### **Hat das Winterpaket den Anspruch, längerfristige Perspektiven mit Betroffenen zu erarbeiten?**

Ja. Menschen, die das Winterpaket nutzen, sollen zumindest einmal die Sozial- und Rückkehrberatung in Anspruch nehmen. Diese Beratung hat auch das Ziel, mit den Nutzerinnen und Nutzern Perspektiven zu erarbeiten. Das können Perspektiven im Herkunftsland oder einem anderen Bundesland oder eben in Wien sein.

Ich sehe die ganze WWH als Umsetzung dieses Anspruchs, Menschen dabei zu begleiten, sich wieder selbst versorgen zu können und immer weniger von uns zu brauchen.

### **Im Jahresbericht des Verbandes 2012 steht: „Notschlafstellen in Wien für alle wohnungslosen Menschen zu öffnen, ungeachtet ihrer Staatsbürgerschaft, sollte ganzjährig und europaweit – als politisches Vorbild gelten.“**

Ich verstehe diese Forderung nicht. Wenn irgendwer das Geld dafür gibt, können wir darüber reden, mit dem Geld der Wiener Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, das uns zur Verfügung steht, geht sich das nicht aus.

### **Wo schlafen die Menschen nach dem Winterpaket?**

Dazu kann ich nur Vermutungen äußern. Ich glaube, dass viele Menschen dorthin zurückgehen, wo sie hergekommen sind. Einige werden in prekäre Situationen zurückkehren wie z.B. zu Freunden, wo sie nicht das ganze Jahr bleiben können, manche arbeiten und schlafen im Auto oder billigen Pensionen, manche schlafen im Freien.

### **Gibt es im Sommer weniger Bedarf?**

Ja, wir merken, dass es im Sommer weniger Bedarf an Nachtquartieren gibt. Auch an den Wochenenden im Winter geht die Auslastung zurück.

“Das heurige Winterpaket war trotz mildem Winter das bisher teuerste.”

Wir gehen in der WWH immer von einem Betreuungsbedarf aus, auch im Winterpaket. Und ich glaube nicht, dass alle, die im Winterpaket nächtigen, in der Nacht Betreuung bräuchten.

### **Viele brauchen vielleicht einfach nur eine günstige Übernachtungsmöglichkeit.**

Wir müssen uns die Frage stellen, ob wir mit dem Winterpaket das richtige Angebot machen. Ich glaube nicht, dass Notquartiere die Lösung für alles sind.



## HOMELESSNESS AMONGST IMMIGRANTS IN THE EU

FEANTSA – European Federation of National Organisations working with the Homeless. By Mauro Striano

*Die FEANTSA (European Federation of National Organisations Working with the Homeless) ist eine Dachorganisation von NPOs, die Wohnungslosenhilfe in Europa betreiben, oder diese unterstützen – siehe [www.feantsa.org](http://www.feantsa.org). Als europäisches Netzwerk, das von der EU-Kommission finanziert wird, legt es seinen Fokus speziell auf Wohnungslosigkeit auf europäischer Ebene. In Arbeitsgruppen mit ExpertInnen aus NPOs entstehen u.a. Stellungnahmen, die auch als Leitlinien für politische Strategien auf nationaler und lokaler Ebene dienen können und diesbezügliches Lobbying unterstützen. Die Aktivitäten der FEANTSA tragen wesentlich zur Weiterentwicklung der Wohnungslosenhilfe in Europa bei.*

While it is true that only a small proportion of immigrants are homeless, immigrants make up a significant proportion of the homeless people in the European Union, particularly in some big cities such as London, Paris, Amsterdam and Copenhagen. They live in severely overcrowded housing or with no access to basic facilities. They might find accommodation in shelters but are often obliged to sleep rough because of limited capacity in night shelters or because of limitations linked to their residence status.

According to data gathered by FEANTSA in 2012, homeless service providers in 14 EU Member States referred to a general trend of an increasing proportion of the homeless population being composed of immigrants. This covered both third country nationals in various situations – asylum seekers, refugees, people with subsidiary protection status, overstayers, and people waiting to be returned to their countries – but also EU citizens exercising their right to free movement. In some cases, homelessness concerns EU mobile citizens even more than third country nationals.

### **Homelessness and discrimination**

People mainly migrate to and within the EU for economic or humanitarian reasons and for reasons of family reunification. A recurring theme that arises in the stories of those migrants who have experienced homelessness is the lack of regular and secure employment, often caused by discrimination in access to the labour market and to fair and equal working conditions. A lack of employment, precarious working conditions and undeclared work are all

obstacles to accessing social benefits and, in some Member States, even to accessing emergency social support such as night shelters. Besides work-related reasons, homelessness can be due to discrimination on the housing market, lack of residence status, insufficient availability of accommodation in reception centres for asylum seekers, dependency on sustaining a relationship with a violent partner (particularly for women), length of administrative procedures and so on. Without sufficient financial resources and access to social security, migrants are forced to rely on their social networks, on very limited, voluntary support structures, or to develop autonomous survival strategies on the streets and in very poor quality housing.

### **The provider's dilemma**

The whole issue puts homeless service providers in a dilemma because although they believe emergency accommodation and basic support are a fundamental right and should be granted to everyone, irrespective of their nationality and residence status, they are unable to provide services because they lack resources or, in some Member States, because they cannot use public funding for hosting people who do not have regular migration status. Therefore it would be paramount that access to basic services and facilities be guaranteed at EU level. These basic services should include food, healthcare, accommodation and other homeless services, such as hygiene facilities, laundry and storage. It is needless to highlight the important role of national and local authorities which must put the necessary financial and human resources at the disposal of

organisations working with homeless people in order to enable them to work effectively with all people experiencing homelessness including immigrants.

Homeless service providers are also aware that immigrants generally have specific needs – i.e. administrative guidance, linguistic services, legal support and specific employment services - that are different from those that nationals have. As a consequence, in some national contexts, capacity building is necessary in order to provide adapted services to meet the accommodation and support needs of homeless migrants. This requires specific funding streams and the involvement of other relevant policy areas, particularly migration policy, which has an important role to play in preventing homelessness and destitution amongst immigrants residing in the EU.

### **A better management of migration policies is needed**

Besides the need for specific services, the needs of some groups of immigrants, particularly asylum seekers, may be best met outside the homeless sector. The problem is that sometimes national authorities use homeless services to compensate for inconsistent migration policies that lead people to situations of destitution and homelessness. Better management of migration policies would surely help to prevent migrants from entering homelessness. Indeed, while Member States' labour markets will need an even greater immigrant workforce in the future in order to maintain their welfare systems, EU's and Member States's migration policies tend to create obstacles to the fulfilment of economic, social and

cultural rights. Strict migration policies coupled with administrative burdens and delays lead an important proportion of immigrants to live in destitution, with no rights and no prospects, and they must rely on the support of charities.

The increasingly cross-border nature of homelessness, which is at the root of the debate on conditionality of access to homeless services, demonstrates the need for a more coordinated policy in the fight against homelessness at EU level. The EU must facilitate the adoption and implementation of coordinated and professional action in relation to homeless people at local level and these actions need to be coordinated through an EU strategy on homelessness. As called for by the European Parliament in its resolution on an EU homelessness strategy, one of the key elements of a homelessness strategy should be a focus on the changing profiles of the homeless population and in particular on the impact migration can have on it.

---

For further information:

FEANTSA Statement on Migration (2013): Homelessness Amongst Immigrants in the EU – A Homeless Service Providers' Perspective. <http://www.feantsa.org/spip.php?article494&lang=en>

Resolution on an EU Homelessness Strategy (2014): <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=MOTION&reference=P7-RC-2014-0008&language=EN>

**A recurring theme that arises in the stories of those migrants who have experienced homelessness is the lack of regular and secure employment, often caused by discrimination in access to the labour market and to fair and equal working conditions.**



# EIN UNECHTER WIENER GEHT EBEN UNTER ...

Zwei Fallbeispiele belegen, dass die Wiener Wohnungslosenhilfe nicht für alle da ist.

## **Eine Reise, viele Gründe**

Stefan M. ist Bergbauer mit Leib und Seele. Er kann sich kein anderes Leben vorstellen, obwohl die harte Arbeit sich finanziell kaum lohnt. Bis ins Jahr 2007 führt er den elterlichen Betrieb, dann sterben beide Eltern innerhalb weniger Wochen. Zum bisherigen Überlebenskampf kommen die Trauer, die Frage nach dem Sinn und schließlich die Erkenntnis, dass er so nicht weitermachen kann. Außer seiner Nichte gibt es niemanden, weswegen es sich zu bleiben lohnt. Er macht sich auf den Weg, in ein vermeintlich besseres Leben. In Wien soll es Arbeit geben und damit ein Ziel, Hoffnung, eine bessere Zukunft. Mit Hilfe eines Freundes findet Stefan M. Arbeit und damit Geld. Es reicht für eine kleine Wohnung und ein bescheidenes Leben – und um seiner Nichte kleine Beträge zu schicken.

## **Kein Neustart**

Der Neustart scheint geglückt, alles läuft gut – bis er im Frühjahr 2011 seine Arbeit verliert. Ohne Einkommen kann er sich auch die Miete nicht mehr

leisten. Er findet vorübergehend Unterschlupf bei einem Freund. Das bisschen Geld, das er zum Leben braucht, versucht er mit Tagesjobs zu verdienen. Aber diese werden bald seltener, auch weil er mehr und mehr Alkohol trinkt – mit dem Freund oder alleine. Immer hochprozentiger werden die Getränke, immer unwirscher sein Verhalten. Es kommt zum Streit. Ab nun ist Stefan M. rund um die Uhr auf der Straße.

Im November 2012 betritt er erstmals eine Beratungsstelle. Er ist müde und krank, hat seine Dokumente verloren – das Leben in Obdachlosigkeit fordert seinen Tribut. Stefan M. erhält einen Platz in einem Nachtquartier. Schnell wird den BetreuerInnen klar, dass er einen dauerhaften Wohnplatz bräuchte. Aber er kann nur den (Winter-) NächtigerInnen-Platz nutzen, andere Leistungen der Wiener Wohnungslosenhilfe (WWH) stehen nicht zur Verfügung, denn: Stefan M. stammt aus Rumänien. Als EU-Ausländer hat er keinen Anspruch auf einen geförderten Wohnplatz.

### **Nur im Winter**

Dass Stefan „nicht angemeldet“ gearbeitet hat und damit auch keine (Arbeitslosen-)Versicherungsleistungen in Anspruch nehmen kann, zeigt sich erst jetzt. Auch, dass er seinen Aufenthalt in Österreich nicht belegen kann. Eine Rückkehr in sein Heimatdorf ist keine Option. Die Nichte ist mittlerweile verheiratet und weggezogen. Seither verbringt er die Wintermonate in Nachtquartieren und die Zeit von Mai bis November auf der Straße.

### **Rückkehr, wohin?**

Armut oder drohende Armut ist ein weltweites Thema, sie unterscheiden sich lediglich durch Intensität und Umfang, so auch innerhalb Europas und der Europäischen Union. Während in Österreich 16,9 Prozent der Bevölkerung von Armut bedroht sind, beträgt der Prozentsatz an armutsgefährdeten Menschen in Rumänien 40,3 Prozent. Das Bruttoinlandsprodukt pro EinwohnerIn liegt (kaufkraftbereinigt) in Österreich bei 29 Prozent über dem EU-Durchschnitt, in Rumänien um 53 Prozent darunter.

Diese unterschiedlichen Armutsrisiken, in Verbindung mit qualitativ und quantitativ höchst unterschiedlich ausgebauten sozialen Sicherungssystemen, führen – wenig verwunderlich – zu innereuropäischer Armutsmigration. So lebten z.B. im Jahr 2007 etwa 3,4 Millionen RumänInnen im Ausland. Das entspricht bei ca. 21 Millionen rumänischer BürgerInnen 16 Prozent der Gesamtbevölkerung. In Bulgarien, Polen, der Slowakischen Republik und Ungarn ist die Situation ähnlich. Ein Teil dieser Migration führt nach Österreich und

hier wiederum nach Wien. Scheitern die Bemühungen, hier Fuß zu fassen, kann es auch Aufgabe der Wiener Wohnungslosenhilfe werden, sich mit den Auswirkungen von Migration zu beschäftigen.

### **Folge-Kosten**

Die Stadt Wien übernimmt hier in hohem Maße Verantwortung, indem während des Winters zusätzliche Schlafplätze und Unterstützung bei der Rückkehr ins Heimatland für ausländische StaatsbürgerInnen angeboten werden. Diese Hilfe ist für viele (aber nicht alle) Betroffene eine Lösung. Vor allem bei fehlenden sozialen Kontakten im Heimatland brauchen Menschen in akuten Notlagen Zugang zum Hilfesystem. Oftmals erscheint ein betreuter Wohnplatz als geeignete Hilfestellung. Dies verursacht Kosten. Allerdings kann davon ausgegangen werden, dass Nichtbetreuung und akute Obdachlosigkeit ebenfalls Folgekosten (z.B. Krankenhausaufenthalte, Polizeieinsätze, Verwaltungskosten) produziert. Und: es hat Auswirkungen auf das Zusammenleben.

### **Gewalt und keine Heimat**

Als Ilse B. im April 2013 ihre Heimatstadt in der Nähe von Linz verlässt, hofft sie, vieles hinter sich lassen zu können. Ihre Krankheit ist es nicht, das ist ihr bewusst. Vor zehn Jahren wurde Multiple Sklerose bei ihr diagnostiziert, die Krankheitsschübe sind immer ein Schock, schränken sie ein – doch damit hat sie zu leben gelernt. Ebenso mit der Höhe ihrer Invaliditätspension, die sie seit ihrem 39. Geburtstag bezieht. Auch die Schulden nach einer unterschriebenen Bürgerschaft, die sie in einer früheren

Beziehung übernommen hat, werden sie begleiten.

Doch die zwischenmenschlichen Beziehungen, mehrfach von Gewalt geprägt, die will sie nun endgültig, auch räumlich, zurücklassen. Besonders die letzte hatte ihr sehr zuge-setzt. Frisch verliebt, mit einer neuen gemeinsamen Wohnung, schien sich ihre Situation insgesamt zu verbessern. Bald jedoch kommt es wieder zu Übergriffen. Ilse B. geht nicht zur Polizei, holt sich keinen Schutz. Die Trennung wird von ihrem Partner nicht akzeptiert, er lauert ihr vor ihrer neuen Wohnung auf, bedroht sie.

Im April 2013 verlässt sie endgültig ihre Heimatstadt, lässt alles zurück. Sie findet eine kleine Wohnung in Wien, befristet zwar der Untermietvertrag, aber immerhin eine Bleibe. Doch damit enden die Übergriffe nicht, ihr Expartner folgt ihr auch nach Wien, übt weiterhin Gewalt aus.

Erneut verliert sie die Wohnung, die Vermieterin hatte schon nach wenigen Monaten einen Eigenbedarf angemeldet. Vorerst kann sie bei einem Nachbarn Unterschlupf finden, aber auch hier muss sie bald weg. Statt Ruhe erwartet sie ein gewaltbereiter, alkoholkranker Mann.

### **Kein Anspruch bei Zuzug**

In der Zeitung liest sie zufällig von einem Haus für wohnungslose Frauen. Sie wendet sich dorthin und erhält einen Notschlafplatz. Für die Betreuerinnen ist offensichtlich, dass Ilse B. einen Wohnplatz und auch sozialarbeiterische Betreuung braucht, um ihre Situation wieder zu verbes-

sern. Unmittelbar danach stellt sie einen Antrag auf einen geförderten Wohnplatz, doch der Antrag wird mit folgender Begründung abgelehnt: „Sie sind aus dem Bundesland Oberösterreich nach Wien zugezogen, Sie haben daher keinen Anspruch auf Unterbringung in der Wiener Wohnungslosenhilfe. Die Wiener Wohnungslosenhilfe hat nicht zum Ziel, günstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen.“

Aber für Ilse B. ist eine Rückkehr nach Oberösterreich nicht vorstellbar. Ihre Betreuerinnen sehen aufgrund der schlechten psychischen und physischen Verfassung dringenden Handlungsbedarf. Daher folgt im Oktober 2013 ein sogenannter Härtefall-Antrag, samt umfassendem Sozialbericht. Nach drei Monaten folgt der negative Bescheid: Ilse B. erhält in Wien keinen betreuten Wohnplatz.

### **Zwischen Bedarf und Anspruch**

Für Ilse B.'s Anspruch auf Unterstützung ist die Frage nach dem Lebensmittelpunkt ausschlaggebend, durch ihn wird der Bedarf auch zu einem Anspruch. Die Regelungen rund um diesen sind jedoch nicht eindeutig geklärt und bedürfen auch einer näheren Überprüfung auf Relevanz zur Lebensrealität von Betroffenen. Das Beispiel zeigt, wie schwierig es für Betroffene sein kann, hier Leistungen zu erhalten.

Ungeachtet dessen kann die Frage, ob sich das Herkunftsbundesland zuständig erklärt, erst wieder durch einen neuerlichen Antrag geklärt werden. Ob dieser, von Wien aus gestellt, Aussicht auf Erfolg hat, ist ungewiss. Wahrscheinlicher ist eine abschlägige

„Sie sind aus dem Bundesland Oberösterreich nach Wien zugezogen, Sie haben daher keinen Anspruch auf Unterbringung in der Wiener Wohnungslosenhilfe.“

Antwort, da Ilse B. ihren Lebensmittelpunkt schon zu lange nicht mehr in ihrem Herkunftsbundesland hatte.

### **Mittellos heimgekehrt**

Zusehends unübersichtlich wird die Situation für Menschen mit österreichischer Staatsbürgerschaft, die sich dem Ablehnungsgrund „Zuzug Ausland“ gegenüber sehen, so sie mittellos nach Österreich heimkehren und in Wien um Hilfe ansuchen.

Hier eine Lösung zu finden, erscheint mehr als notwendig – nicht zuletzt ob der viel beschworenen Flexicurity, oder generell der Tatsache, dass sich Lebensläufe nicht an (Bundes-)Ländergrenzen halten. Eine wenn schon nicht EU- so zumindest bundesweit einheitliche Regelung, samt jahrzehntelang erprobter Rückverrechnung innerhalb Österreichs tut hier Not.



## WAS DER SCHLAFSACK SONST NOCH ZUDECKT

Nicht nur die Gesellschaft erlebt eine Polarisierung, auch die Wohnungslosenhilfe könnte zunehmend zu einem Zwei-Klassen-Modell werden.

Die Bilder gleichen einander, ebenso die mediale Berichterstattung und auch die Postings dazu: Die Räumung des Stadtparks in der Nacht vom 14. auf den 15. Oktober 2013 hat wie schon die Räumung des Audimax der Universität Wien am 21. Dezember 2009 Obdachlosigkeit in Wien ins öffentliche Gedächtnis zurückgeholt. In Online-Foren wurde diskutiert, in Medien Aspekte und Entwicklungen beschrieben sowie Statistiken zitiert.

Was bei näherer Betrachtung der auf die Räumung folgenden öffentlichen Debatte auffällt, sind zwei Gruppen, die in der Diskussion besonders vehement auftreten: Auf der einen Seite finden sich jene, die Verständnis für die Situation der Betroffenen aufbringen

und Argumente ins Treffen führen, die die Rechte der Betroffenen sowie Hilfsaspekte in den Vordergrund stellen. Auf der anderen Seite scheinen jene zu stehen, die – zum Teil sehr drastisch – vor der Überforderung des (Sozial-)Systems warnen. Was ebenfalls auffällt, ist, dass es zwischen den vorgebrachten Argumenten kaum Austausch und Verständigung gibt.

Die hier sichtbare Polarisierung spiegelt auch das Spannungsfeld innerhalb der Wiener Wohnungslosenhilfe (WWH) wider. Themenfelder, an denen dies sichtbar wird, sind jedenfalls vorhanden.

#### **Stichwort: Migration**

Die WWH hat viele thematische Schnittstellen mit anderen Handlungsfeldern: Von der Behindertenhilfe, über die Sozialpsychiatrie bis hin zur mobilen Pflege – in all diesen Bereichen gibt es eine enge, zum Teil jahrzehntelange Zusammenarbeit. Anders im Bereich Soziodiversität, der kulturellen Vielfalt: hier gibt es wenig Vernetzung und auch innerhalb der WWH wird dem Thema nur bedingt Aufmerksamkeit gewidmet. Als Indizien dafür sprechen der (niedrige) Anteil an MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund in (höhererschwelligen) Einrichtungen der WWH, das entsprechende (seltene) Fort- und Weiterbildungsangebot, (fehlende) Schwerpunkte in einzelnen Einrichtungen und das (spärlich) vorhandene Datenmaterial.

Alltagsbezogene Beobachtungen und Umfragen bei Trägerorganisationen der WWH lassen darauf schließen, dass ganz generell das Wissen um mi-

grantische Lebenswelten und – damit verknüpft – das Wissen um geeignete Hilfsangebote unterrepräsentiert sind. Dies kann für KlientInnen die Inanspruchnahme von Hilfsangeboten zusätzlich erschweren. Ob dies auch an den Verknüpfungen zwischen Sozialhilfe-Gesetz und Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz liegt, an der (unzureichenden) sprachlichen Verständigung oder ob andere Ursachen vorliegen, bedarf einer eigenen Prüfung.

#### **Stichwort: Zugang**

Die meisten Angebote der WWH können nur von sogenannten „anspruchsberechtigten“ Personen genutzt werden. Voraussetzungen für eine Anspruchsberechtigung sind der Aufenthaltstitel und nachgewiesene sechsmonatige sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit sowie das Vorliegen von Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit und Unterbringungs- bzw. Betreuungsbedarf.<sup>1</sup> Diese Voraussetzungen werden für Angebote, die eine Zuweisung voraussetzen, durch das bzWO geprüft. Bei niederschwelligen Angeboten ist die „Anspruchsberechtigung“ der betroffenen Menschen zum einen oftmals noch in Abklärung, einige Angebote sind ausdrücklich auch für Menschen ohne „Anspruchsberechtigung“ zugänglich.

Weiters wird der Zugang bei spezialisierten, meist höhererschwelligen Einrichtungen z.B. über Terminvereinbarung, Öffnungszeiten, Kapazitätsgrenzen oder eine enge Zielgruppendefinition beschränkt, während niederschwellige Angebote für eine möglichst weite Zielgruppe offen und zugänglich sind.

KlientInnen mit erschwerenden Ausgangsbedingungen (z.B. Wohnungslosigkeit und psychische Erkrankung) bewältigen – obwohl sie formal alle Voraussetzungen erfüllen würden – diese hohen Zugangsschwellen teilweise nicht. Damit sind niederschwellige Einrichtungen doppelt gefordert, das entsprechende Angebot quantitativ und qualitativ aufrecht zu erhalten. Dadurch entsteht ein sogenannter „Creaming-Effekt“. Höhererschwellige Einrichtungen werden eher von jenen KlientInnen erreicht, die über die meisten Ressourcen verfügen.

Nur bei einer gesamtheitlichen Sichtweise des Hilfesystems können alle diese Effekte und ihre Auswirkungen auch entsprechend gewürdigt werden. In Zeiten von Budgetknappheit besteht die Gefahr, dass hier einzelne Angebotsformen – im Speziellen niederschwellige Einrichtungen – unter Druck geraten, deren nachhaltige Wirkungen schwieriger zu erheben und zu kommunizieren sind.

#### **Stichwort: Zwei Klassen**

Werden also nur die einzelnen Einrichtungen und nicht ihr Zusammenspiel betrachtet und die Ressourcenverteilung davon abhängig gemacht, besteht potenziell das Risiko einer „Zwei-Klassen-Wohnungslosenhilfe“: Während jene KlientInnen, die die entsprechenden Grundvoraussetzungen mitbringen, Zugang zu bedarfsorientierter Betreuung in Wohnungen oder in Wohnhäusern der WWH haben, bleibt für viele andere nur eine rudimentäre Grundversorgung.

Ein wesentlicher Schritt dem entgegenzuwirken liegt in der kritischen

Reflexion der Zugangsbarrieren in die WWH: zum einen der angeführten allgemeinen Voraussetzungen, zum anderen der Voraussetzungen für spezifische Angebote. So wäre beispielsweise für das Angebot Housing First die Realisierung einer mobilen Begutachtung durch das bzWO sinnvoll, um einen niederschwelligeren Zugang zu diesem Angebot zu gewährleisten.<sup>2</sup>

Die Aufzählung polarisierungsgefährdeter Themen ist mit hoher Wahrscheinlichkeit noch nicht vollständig, und auch Faktoren, die diese begünstigen – Stichwort: Knappheit finanzieller Ressourcen –, sind im Zuge einer zu führenden Diskussion noch zu identifizieren. Dass diese Diskussion, so sie geführt werden wird, die Komplexität der Thematiken der Wiener Wohnungslosenhilfe erhöht, ist anzunehmen. Angesichts der schon jetzt bestehenden Anforderungen stellt sich damit eine neue, zusätzliche Herausforderung. Und doch scheint ein Verbund, wie ihn der Verband der Wiener Wohnungslosenhilfe bildet, am besten geeignet, sich diesen offenen Fragen zu stellen.

„Schwierigkeiten werden nicht dadurch überwunden, dass sie verschwiegen werden.“

Bert Brecht

<sup>1</sup> <http://wohnen.fsw.at/wohnungslos/voraussetzungen.html> [02.05.2014]

<sup>2</sup> Halbartschlager et al (2012): Housing First – Das Wiener Modell. S. 15



## ... WER BEHIN- DERT WIRD!

Die UN-Konvention über Rechte von Menschen mit Behinderung – richtungsweisend auch für die Wohnungslosenhilfe

Erst kürzlich hat sich die Evaluierung der Wiener Wohnungslosenhilfe mit den (biographischen) Prägungen von wohnungslosen Menschen beschäftigt und festgestellt, dass beinahe alle KlientInnen auf eine Reihe belastender Erfahrungen, seien es „manifeste Armut/ fehlende Erwerbsintegration, gesundheitliche Problemfelder im körperlichen, psychischen oder Suchtbereich oder soziale Krisen im Elternhaus oder in der Partnerschaft“, zurückblicken. Rund drei Viertel aller befragten wohnungslosen Menschen sehen sich mit einem oder mehreren gesundheitlichen Problemen konfrontiert, in 57 Prozent der Fälle betrifft dies körperliche Probleme, in 39 Prozent der Fälle psychische und seelische Beschwerden. 20 Prozent der Befragten

nennen den Konsum von Alkohol und Drogen als gesundheitliches Thema und jede/r Zehnte lebt mit einem nicht-substanzgebundenen Suchtverhalten.

Zieht man diese Prägungen der Zielgruppe in Betracht, ist die UN-Behindertenrechtskonvention auch für die Wohnungslosenhilfe als wesentliche Leitlinie zu verstehen. Dies ergibt sich durch eine recht weit gefasste Definition der Zielgruppe „persons with disabilities“: „Zu den Menschen mit Behinderungen zählen Menschen, die langfristig körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, die in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren ihre volle und wirksame Teilhabe, gleichberechtigt mit anderen an der Gesellschaft behindern können.“ (Artikel 1)

#### **An der Teilhabe gehindert**

Damit umfasst diese Bestimmung sowohl Menschen mit körperlichen Behinderungen, als auch psychisch kranke Menschen und Menschen mit intellektueller Beeinträchtigung. Insbesondere wenn man den Gedanken der Inklusion – im zweiten Teilsatz von Artikel 1 beschrieben als volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft, gleichberechtigt mit anderen – mitbedenkt, zeigen sich unmittelbare Bezüge zu Themen der Wohnungslosenhilfe: Umfassende Teilhabe ist auch für wohnungslose Menschen einzufordern und Hürden einer gleichberechtigten Teilhabe sind abzubauen – ungeachtet dessen, ob oder in welchem Umfang wohnungslose Menschen mit gesundheitlichen oder anderen Beeinträchtigungen konfrontiert sind.

Österreich hat im Jahr 2008 als eines der ersten Länder die UN-Konvention über Rechte von Menschen mit Behinderung ratifiziert. Ziel der Konvention ist es „den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderung zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten“ (Artikel 1). Allgemeine Grundsätze der Konvention sind unter anderem individuelle Autonomie, Selbständigkeit (Selbstbestimmung), Nichtdiskriminierung, Chancengleichheit, Barrierefreiheit, Inklusion (vgl. Artikel 3). Bestimmungen liegen für alle wesentlichen Lebensbereiche von Gesundheit, Arbeit, Bildung, Freizeit, politische Teilhabe, Mobilität, etc. vor. Dieser breite Fokus entspricht den vielfältigen Lebensbereichen der Menschen und fordert damit auch die relevanten institutionellen Unterstützungsstrukturen zu einer übergreifenden, statt spezialisierenden Sichtweise auf Alltag und Teilhabe der Zielgruppe.

#### **Hoher Standard als Vorbild**

Verbunden mit der UN-Konvention wird ein Paradigmenwechsel hin zu einer Politik, die auf Menschenrechten beruhend Inklusion, Teilhabe und Selbstbestimmung auch für Menschen mit Beeinträchtigungen als wesentlichste Vorgabe für Maßnahmen in sozialen Feldern wie Bildung, Arbeit und Beschäftigung, Pflege und (institutioneller) Betreuung normiert. Insbesondere Dachverbände und Einrichtungen der Behindertenhilfe haben in den vergangenen Jahren auf eine Umsetzung der UN-Konvention gedrängt. Die hohen Standards der UN-Konvention sind nunmehr

auch für die Wohnungslosenhilfe zu bewerten und Strategien ihrer Umsetzung und Nutzbarmachung zu diskutieren. Eine wichtige Leitlinie bieten dazu die Bestimmungen des Chancengleichheitsgesetzes Wien.

Zentral für das Thema Wohnen ist Artikel 19 Absatz a), wo es heißt, dass „Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen die Möglichkeit haben, ihren Aufenthaltsort zu wählen und zu entscheiden, wo und mit wem sie leben, und nicht verpflichtet sind, in besonderen Wohnformen zu leben.“ Der Absatz b) fokussiert in der Folge auf gemeindenahere Unterstützungsangebote, inklusive persönlicher Assistenz, um ein Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen.

#### **Selbstbestimmung forcieren**

Die gegenwärtige Struktur der Wohnungslosenhilfe stellt in weiten Teilen auf sogenannte „besondere Wohnformen“ ab, wobei Wahlmöglichkeiten z.B. zur Unterbringung in einer ganz spezifischen Einrichtung eng begrenzt sind. Die mediale Berichterstattung zur Unterbringung von Pflegekindern in Wien in der Nachkriegszeit hat im letzten Jahr einmal mehr darauf aufmerksam gemacht, dass Menschen, die in „besonderen Wohnformen“ – im Speziellen in größeren Einrichtungen – leben, einem erheblich höheren Risiko ausgesetzt sind, Opfer von Missbrauch, Gewalt oder Ausbeutung zu werden – eine Tatsache, die beispielsweise in der Jugend- und Behindertenhilfe sowie im Feld der institutionellen Betreuung älterer Menschen international längst unbestritten ist.

Auch die Wiener Wohnungslosenhilfe muss derartige grundsätzliche Kritik ernst nehmen und vor dem Hintergrund der eigenen Angebotsformen reflektieren. Ungeachtet der Größe der Einrichtungen ist der Fokus auf die Freiwilligkeit der Inanspruchnahme der Leistungen zu richten sowie auf Abhängigkeitsbeziehungen in allen institutionellen Kontexten, die einem möglichst hohen Grad der Selbstbestimmung der KlientInnen entgegenstehen und ihre Beteiligungsmöglichkeiten substanziell untergraben.

Gemäß den Paradigmen der UN-Behindertenrechtskonvention sind im Feld der Wohnungslosenhilfe jene Unterstützungsformen stärker zu fördern, die Selbständigkeit und Selbstbestimmung in der Lebensführung in den Vordergrund rücken und Hilfen zur Integration ins Gemeinwesen anbieten. Hilfreich bei einer Umsetzung derartiger Themen für Menschen in der Wohnungslosenhilfe mit ganz unterschiedlichen Bedarfslagen ist eine grundsätzliche Ressourcenorientierung, die Gesundheit bzw. Krankheit nicht absolut setzt, sondern sich in erster Linie auf (ein Kontinuum von) Wohlbefinden bzw. Kohärenz und Integrität bezieht.

Die Chancen der UN-Konvention für die Wohnungslosenhilfe sind in zwei Bereichen zu finden: Erstens gilt es die Struktur, Ausgestaltung und das fachliche Selbstverständnis der Angebote im Hinblick auf eine Förderung von Inklusion und Selbstbestimmung zu überprüfen. Zu entwickeln sind Maßnahmen und Qualitätsstandards, die einzelne Themen der UN-Kon-

## Die hohen Standards der UN-Konvention sind auch für die Wohnungslosenhilfe zu bewerten und Strategien ihrer Umsetzung und Nutzbarmachung zu diskutieren.

vention konkret auf die Erfordernisse der Wohnungslosenhilfe überprüfen und Schritte der Umsetzung konkretisieren. Neue Angebotsformen wie Housing First sind hier ebenso mit einzubeziehen wie bestehende große und kleine Einrichtungen in allen Angebotssegmenten. Zweitens ist es angezeigt, sich stärker mit Dachverbänden und Einrichtungen aus anderen Feldern zu vernetzen. Ob Regelungen zur Sachwalterschaft, Unterstützungsstrukturen für berufliche Integration oder Dienste für behinderte oder ältere Menschen – die UN-Konvention ist als Klammer für ein gemeinsames gesellschaftspolitisches Engagement bestens geeignet.

# DATEN TEIL

## Erklärung des Datenrasters

Anzahl der Wohnplätze	kontingentierte Wohnplätze, mit dem FSW verrechenbar
Anzahl weiblich	gesamte Anzahl der 2012 geförderten und nichtgeförderten weiblichen Personen
Anzahl männlich	gesamte Anzahl der 2012 geförderten und nichtgeförderten männlichen Personen
Anzahl Kinder	gesamte Anzahl der 2012 geförderten und nichtgeförderten Minderjährigen
Aufenthaltsdauer	durchschnittliche Aufenthaltsdauer der betreuten Personen in Monaten
Auszug geplant	bei befristeten Wohnplätzen, Auszug in gesicherte Wohnverhältnisse
Auszug ungeplant	bei befristeten Wohnplätzen, Wohnplatzverlust (Ziel nicht erreicht)
Abgang geplant	Zielerreichung bei Dauerwohneinrichtungen (gesicherte Wohnverh., Pflegeheim, Tod usw.)
Abgang ungeplant	Verlust des Wohnplatzes bei Dauerwohneinrichtungen (Ziel nicht erreicht)
Aufenthalt	Verweildauer in einer Einrichtung
Auslastung	Auslastung der Wohnplätze in %

**Anmerkungen:** Bei den Gesamtzahlen der betreuten Personen wurden Mehrfachnennungen durch Übersiedelungen innerhalb der Wiener Wohnungslosenhilfe nicht berücksichtigt. Alle Zahlen beziehen sich auf Leistungen der "wieder wohnen" GmbH sowie der Träger des Verbandes Wiener Wohnungslosenhilfe. Nicht berücksichtigt wurden Leistungen in der Grundversorgung von AsylwerberInnen. Aufgrund unterschiedlicher Erhebungsmethoden kann es zu Abweichungen zwischen den hier angeführten Zahlen und den Statistiken des Fonds Soziales Wien kommen.

## Erklärung der Wohnformen

### **Ambulante Einrichtungen:**

Beratungsstellen, Tageszentren, Essensausgabe etc.

### **NächtigerInnen-Quartier (NQ):**

ein Bett für eine Nacht

### **Übergangswohnen (ÜWH):**

Befristeter Wohnplatz mit Ziel eigenständiger Wohnplatz

### **Betreutes Wohnen (BeWo):**

Befristeter, dislozierter Wohnplatz

### **Sozial betreutes Dauerwohnen (SoBeWo):**

Betreutes Dauerwohnen

### **Begleitetes Wohnen:**

Begleitetes Dauerwohnen

# ÜBERBLICK ALLE ORGANISATIONEN

## ZAHLEN UND FAKTEN 2013

Geförderte Wohnplätze	Verband	WVO	Gesamt
Nachtquartiere	254	81	335
Übergangswohnen	642	1.013	1.655
Betreutes Wohnen	828	226	1.054
Sozial Betreutes Wohnen	1.056	48	1.104
Begleitetes Dauerwohnen	5	0	5
Mobile Wohnbegleitung	81	70	151

MitarbeiterInnen <sup>1</sup>	Verband	WVO	Gesamt
Vollzeitäquivalent	527	254,3	781
Köpfe	772	266	1.038
Frauen	437	145	582
Männer	335	121	456

<sup>1</sup>ohne Zivildienstleistende, mit Reinigung

Nachtquartiere	Verband	WVO	Gesamt
Frauen	881	183	1.064
Männer	4.334	286	4.620
Minderjährige	184	11	195
Gesamt	5.399	480	5.879

Übergangswohnen	Verband	WVO	Gesamt
Frauen	465	652	1.117
Männer	880	1.646	2.526
Minderjährige	112	453	565
Gesamt	1.457	2.751	4.208

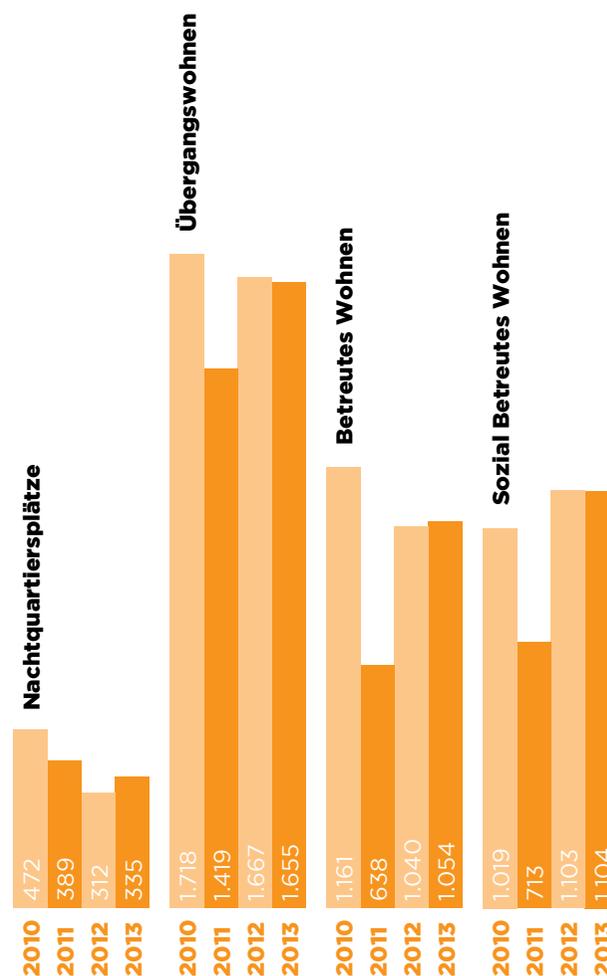
Betreutes Wohnen	Verband	WVO	Gesamt
Frauen	698	139	837
Männer	989	92	1.081
Minderjährige	569	259	828
Gesamt	2.256	490	2.746

Dauerwohnen <sup>2</sup>	Verband	WVO	Gesamt
Frauen	477	0	477
Männer	815	61	876
Gesamt	1.292	61	1.353

<sup>2</sup>= Sozial betreutes Wohnen und begleitetes Dauerwohnen

Mobile Wohnbegleitung	Verband	WVO	Gesamt
Frauen	73	48	121
Männer	74	59	133
Minderjährige	0	84	0
Gesamt	147	191	338

Überblick geförderte Wohnplätze 2010 bis 2013



# ARBEITER SAMARITERBUND WIEN

## ZAHLEN UND FAKTEN 2013



MitarbeiterInnen <sup>1</sup>	Gesamt
Vollzeitäquivalent	50
Köpfe	67
Frauen	33
Männer	34

<sup>1</sup> ohne Zivildienstleistende, mit Reinigung

Nachtquartier	Wohnplätze	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge <small>geplant ungeplant</small>	Auslastung
R3	18	118	35	0	1,3	– –	90%

Übergangswohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge <small>geplant ungeplant</small>	Auslastung
R3	168	109	209	0	11	69 95	99,6%
Haus Sama	26	9	37	0	12,9	16 4	90%

Betreutes Wohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge <small>geplant ungeplant</small>	Auslastung
Wohnenplus RIGA	153	24	154	0	16,3	15 10	99,2%

Sozial Betreutes Wohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge <small>geplant ungeplant</small>	Auslastung
Haus Sama	24	6	24	0	35,3	6 0	99,8%
Haus Max Winter	122	38	98	0	34,5	13 2	99,5%

Mobile Wohnbegleitung	Wohnplätze <sup>2</sup>	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge <small>geplant ungeplant</small>	Auslastung
Rudolf-Zeller-G., Erlachg.	9	2	7	0	11,2	2 0	90,8%

<sup>2</sup> nicht mit dem FSW verrechnet

Ambulante Einrichtung	Kernteam	BesucherInnen <sup>3</sup>	Beratungen <sup>3</sup>	Kurse <sup>3</sup>	Veranstaltungen <sup>3</sup>	Nutzungsvereinbarungen
Internetcafé Zwischenschritt	12	521	36	4	4	160

<sup>3</sup> jeweils pro Monat

### Arbeiter-Samariter-Bund Wien

Wohnen und Soziale Dienstleistungen  
gemeinnützige GmbH  
Pillergasse 24, 1150 Wien  
Tel. 01/89 145-272  
Fax 01/89 145-99 272  
[wsd@samariterwien.at](mailto:wsd@samariterwien.at)  
[www.samariterwien.at](http://www.samariterwien.at)

### Vorstellung der Organisation

Seit der Gründung vor mehr als 80 Jahren ist der Arbeiter-Samariter-Bund Österreichs seiner obersten Verpflichtung treu geblieben: Die haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen der Non-Profit-Organisation leisten für ältere Menschen, Kranke, Verletzte und in Not geratene Personen Hilfe von Mensch zu Mensch – unabhängig von deren ethnischer Zugehörigkeit, Religion und Weltanschauung.

Das Aufgabengebiet des Samariterbund Wien hat sich in den vergangenen Jahren enorm erweitert – vom klassischen Rettungs- und Krankentransport hin zu den Gesundheits- und Sozialen Diensten wie etwa Pflege, Asylwerber- und Obdachlosenbetreuung, aber auch Katastrophenhilfsdienst und Jugendarbeit. Tag für Tag sind hunderte SamariterInnen im Dienste der Gesellschaft tätig.

### Leitsatz der Organisation

Hilfe von Mensch zu Mensch.

# ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR NICHTSESSHAFTENHILFE

## ZAHLEN UND FAKTEN 2013



### Arbeitsgemeinschaft für Nichtsesshaftenhilfe Wien

Lorenz-Mandl-Gasse 31-35, 1160 Wien  
 Tel. 01/493 90 49  
 Fax 01/493 93 924  
[office@arge-wien.at](mailto:office@arge-wien.at)  
[www.arge-wien.at](http://www.arge-wien.at)

### Vorstellung der Organisation

Die Arbeitsgemeinschaft für Nichtsesshaftenhilfe Wien wurde vor 30 Jahren gegründet. Ziel unserer Organisation ist es, für schuldig in Not geratene Menschen Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen sie ein selbstbestimmtes Leben führen können.

Zu diesem Zwecke betreiben wir einen gemeinnützigen Beschäftigungsbetrieb, in dem wir 30 Dauerarbeitsplätze für oben genannte Zielgruppe bereit stellen. In unseren, zum Großteil durch den FSW geförderten, Wohnplätzen beherbergen wir ca. 300 Personen, vom Kleinkind bis zum hohen Alter.

### Leitsatz der Organisation

Wir sind für das Sein, nicht für das Bewusstsein verantwortlich.

MitarbeiterInnen <sup>1</sup>	Gesamt
Vollzeitäquivalent	22,9
Köpfe	25
Frauen	10
Männer	15

<sup>1</sup>ohne Zivildienstleistende, mit Reinigung

Betreutes Wohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge <small>geplant ungeplant</small>	Auslastung
BEWO Geibelgasse	66	26	16	74	46,6	7 5	99,7%
Sozial Betreutes Wohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge <small>geplant ungeplant</small>	Auslastung
Leopoldau	41	9	32	0	-	1 6	99,1%
Schlachthausgasse	54	10	44	0	-	3 9	99,8%
Eßlinger Hauptstraße	44	7	37	0	-	3 5	99,5%
Maroltingergasse	56	21	35	0	-	9 2	99,8%

# CARITAS WIEN

## ZAHLEN UND FAKTEN 2013

MitarbeiterInnen <sup>1</sup>	Gesamt
Vollzeitäquivalent	248,3
Köpfe	377
Frauen	209
Männer	168

<sup>1</sup> ohne Zivildienstleistende, mit Reinigung

Nachtquartiere	Wohnplätze	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge <small>geplant ungeplant</small>	Auslastung
Notschlafstelle U63	123	0	1.702	0	-	-	99,4%
NQ JUCA	9	32	87	0	-	-	92,9%
NQ Haus Miriam	4	55	0	0	-	-	95,3%
NQ Vinzenzhaus	5	0	76	0	-	-	89,1%
NQ FrauenWohnZentrum	3	244	0	0	-	-	46,6%
NQ Rupert-Mayer-Haus	7	12	43	0	-	-	80%
a_way Jugendnotschlafst. <sup>2</sup>	0	50	110	184	-	-	59,3%
2. Gruft <sup>3</sup>	0	-	-	0	-	-	-

<sup>2</sup> 10 Plätze finanziert durch die Sucht- und Drogenkoordination der Stadt Wien und die MA 11.

<sup>3</sup> Vollständiger Name: 2. Gruft für (EU-)AusländerInnen; 40 Plätze ganzjährig finanziert durch die Caritas der Erzdiözese Wien, Aufstockungen auf bis zu 90 Plätze im Rahmen des Winterpakets.

Übergangswohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge <small>geplant ungeplant</small>	Auslastung
Haus Miriam	38	86	0	0	7,36	48	96,9%
Rupert-Mayer-Haus	29	2	64	0	7,72	40	89,9%
Vinzenzhaus	37	0	73	0	10,5	36	96,3%
JUCA	66	44	90	0	9,53	68	97,9%
JUCA Probewohnen	7	22	45	0	1,4	61 <sup>4</sup>	89,3%
FrauenWohnZentrum	32	50	0	0	13,7	18	98,9%
Haus St. Josef	41	33	43	0	9,17	37	94,7%
Haus Immanuel <sup>5</sup>	18	34	0	61	13,37	16 Mütter, 26 Kinder	95%
Haus Luise <sup>6</sup>	10	40	0	51	3,49	30 Mütter, 35 Kinder	92%

<sup>4</sup> Davon sind 18 Personen in reguläre Wohnungsangebote und 43 Personen innerhalb der Wiener Wohnungslosenhilfe verzogen.

<sup>5</sup> 18 Wohnungen für 18 Mütter mit bis zu 37 Kindern

<sup>6</sup> 10 FSW-Wohnungen für 10 Mütter mit bis zu 20 Kindern, zusätzlich 3 Caritas- und 7 MA11-Wohnungen

## Caritas der Erzdiözese Wien

Albrechtskreithgasse 19-21, 1160 Wien

Tel. 01/878 12-310

Fax 01/878 12-9310

[obdach-wohnen@caritas-wien.at](mailto:obdach-wohnen@caritas-wien.at)

[www.caritas-wien.at](http://www.caritas-wien.at)

## Vorstellung der Organisation

Caritas bedeutet Nächstenliebe. Unabhängig von deren sozialer, nationaler oder religiöser Zugehörigkeit berät, begleitet und unterstützt die Caritas Menschen in den unterschiedlichsten Lebenssituationen. Rund um die Uhr und manchmal auch rund um die Welt. Immer von Mensch zu Mensch.

Die Caritas Wien beschäftigt ca. 4.000 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Tausende ehrenamtlich tätige in den Einrichtungen und im Umfeld der rund 650 Pfarren im Gebiet der Erzdiözese Wien (Wien, NÖ – Weinviertel und Industrieviertel). Die Aufgabenfelder der Caritas Wien sind vielfältig und beinhalten die Bereiche Hilfe in Not (Obdach & Wohnen, Asyl & Integration, Arbeit & Chance, Beratung & Familie), Senioren- und Pflegehäuser, Mobile Dienste, Menschen mit Behinderung und die Pfarrcaritas sowie Schulen und Gemeinwesenprojekte (z.B. Brunnenpassage, usw.).

## Leitsatz der Organisation

Gemeinsam Wunder wirken.

Betreutes Wohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge <small>geplant ungeplant</small>	Auslastung
Startwohnungen Wien	100	69	70	36	18,2	65	95,6%
@home und insieme <sup>1</sup>	0	264	315	181	44,6	215	-

<sup>1</sup> Durch das häufig auftretende Auslaufen von bestehenden Wohnungen und Hinzukommen von neuen Wohnungen ist eine Gesamtkapazität bzw. -auslastung für ein ganzes Jahr nicht darstellbar.

Sozial Betreutes Wohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge <small>geplant ungeplant</small>	Auslastung
Haus Allerheiligen	54	13	47	0	36,1	6	99,7%
Rupert-Mayer-Haus	30	5	32	0	44,8	8	99,9%
Haus Jona	50	19	38	0	67,3	7	99,5%
Haus Noah	112	37	98	0	20	30	96,8%

Begleitetes Dauerwohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge <small>geplant ungeplant</small>	Auslastung
Projekt Housing First	-	12	7	10	2,5	3	- <sup>2</sup>

<sup>2</sup> Auslastungszahl heuer noch nicht aussagekräftig.

## Ambulante Einrichtungen

Angebot

P7	15.829 Beratungsgespräche
Gruft	99.688 warme Mahlzeiten
Louise-Bus	9.803 Behandlungen, 2.675 PatientInnen
Canisibus	91.906 ausgegebene Essen
Tageszentrum St. Josef	30.287 ausgegebene Mahlzeiten

# HEILSARMEE

## ZAHLEN UND FAKTEN 2013



### Heilsarmee Österreich

Große Schiffgasse 3, 1020 Wien  
 Tel. 01/214 48 30  
 Fax 01/214 48 30-55  
[austria@swi.salvationarmy.org](mailto:austria@swi.salvationarmy.org)  
[www.heilsarmee.at](http://www.heilsarmee.at)

### Vorstellung der Organisation

Die Heilsarmee unterstützt Menschen in schwierigen Lebenssituationen und bekämpft Armut und Unrecht als Hilfsorganisation und christliche Glaubensbewegung in 126 Ländern. In Österreich bietet die Heilsarmee seit 1926 Einrichtungen für wohnungslose Menschen an.

Die Heilsarmee Österreich hat sich auf die Bedürfnisse psychisch kranker wohnungsloser Menschen spezialisiert. Das Ziel ist die ganzheitliche Integration unserer Klienten in eine stabile Lebens- und Wohnsituation. Zusätzlich zu den Sozialeinrichtungen gibt es auch eine Heilsarmeegemeinde, Korps Wien genannt, die unter anderem ehrenamtliche, seelsorgerliche und freizeitgestaltende Angebote für unsere Klienten bereitstellt.

### Leitsatz der Organisation

Suppe – Seife – Seelenheil, eine ganzheitliche Lebenshilfe für Menschen in Not.

MitarbeiterInnen <sup>1</sup>	Gesamt
Vollzeitäquivalent	28,1
Köpfe	53
Frauen	25
Männer	28

<sup>1</sup>ohne Zivildienstleistende, mit Reinigung

Übergangswohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge <small>geplant ungeplant</small>	Auslastung
SalztorZentrum	54	0	107	0	9,5	39 24	98,3%
Betreutes Wohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge <small>geplant ungeplant</small>	Auslastung
BEWO-Heilsarmee	39	0	69	0	-	15 15	97,3%
Sozial Betreutes Wohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge <small>geplant ungeplant</small>	Auslastung
Haus Erna	60	0	69	0	-	3 6	98,8%
Mobile Wohnbegleitung	Betreute Personen	Frauen	Männer	Hausbesuche	Begleitungen	Kontakte insg. <sup>2</sup>	
Mobile Wohnbegleitung	38	14	34	232	55	1.392	

<sup>2</sup>Diese unterteilen sich weiters in Bürokontakte (268), Telefonkontakte (731), externe Kontakte (37), schriftliche Kontakte (69).

# HILFSWERK

## ZAHLEN UND FAKTEN 2013



MitarbeiterInnen <sup>1</sup>	Gesamt
Vollzeitäquivalent	30
Köpfe	37
Frauen	31
Männer	6

<sup>1</sup> ohne Zivildienstleistende, mit Reinigung

Betreutes Wohnen	Wohnplätze <sup>1</sup>	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge	geplant	ungeplant	Auslastung
BEWO	105	85	30	90	14,7	82	17	100%	

<sup>1</sup> exkl. 49 nicht mit dem FSW verrechnete Wohnplätze

Sozial Betreutes Wohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge	geplant	ungeplant	Auslastung
SOBEWO Bürgerspitalgasse	34	40	0	0	-	3	3	99,7%	
SOBEWO Hausergasse	44	18	32	0	-	4	3	99,6%	
SOBEWO Tivoligasse	60	70	6	0	-	12	5	98,7%	

### Wiener Hilfswerk – Bürger in Not

Schottenfeldgasse 29, 1070 Wien

Tel. 01/512 36 61-715

Fax 01/512 36 61-716

[gernot.ecker@wiener.hilfswerk.at](mailto:gernot.ecker@wiener.hilfswerk.at)

[wien.hilfswerk.at](http://wien.hilfswerk.at)

### Vorstellung der Organisation

Das Wiener Hilfswerk ist eine 1947 gegründete, private, gemeinnützige, überkonfessionelle und überparteiliche Organisation, die ihre Unterstützung allen in Wien lebenden Menschen anbietet.

Mit unserem dichten Netz an Einrichtungen und Angeboten für Alt und Jung können wir jene Hilfestellungen anbieten, die Menschen in ihren unterschiedlichen Lebenssituationen benötigen – maßgeschneidert und aus einer Hand.

### Leitsatz der Organisation

Qualität von Mensch zu Mensch.

# NEUNERHAUS ZAHLEN UND FAKTEN 2013



## neunerhaus

Margaretenstraße 166/1. Stock, 1050 Wien  
Tel. 01/990 09 09-900  
Fax 01/990 09 09-909  
[verein@neunerhaus.at](mailto:verein@neunerhaus.at)  
[www.neunerhaus.at](http://www.neunerhaus.at)

## Vorstellung der Organisation

Das neunerhaus ist eine Wiener Sozialorganisation, die obdachlosen Menschen ein selbstbestimmtes und menschenwürdiges Leben ermöglicht.

Ziel ist es, den Betroffenen Hilfe zur Selbsthilfe zu geben und ihre Lebenssituation nachhaltig zu verbessern. In drei neunerhäusern und den Housing-First-Wohnungen wohnen knapp 400 Menschen. Rund 3.000 wohnungslose Menschen jährlich versorgt das neunerhaus in der Arztpraxis, der Zahnarztpraxis und mit dem Team neunerhausarzt – Tendenz steigend. Hilfe für obdachlose Menschen heißt für das neunerhaus auch, dass Tiere von obdach- und wohnungslosen Menschen von ehrenamtlichen TierärztInnen kostenlos behandelt werden.

In allen neunerhaus-Einrichtungen werden die Leistungen auf die individuellen Bedürfnisse der betroffenen Menschen abgestimmt. Hilfe und Unterstützung wird dort geleistet, wo sie gebraucht wird. Respekt vor jedem/r BewohnerIn und PatientIn steht dabei immer im Mittelpunkt.

## Leitsatz der Organisation

Wir geben Obdach. Und mehr.

MitarbeiterInnen <sup>1</sup>	Gesamt
Vollzeitäquivalent	40,5
Köpfe	59
Frauen	46
Männer	13

<sup>1</sup>ohne Zivildienstleistende, mit Reinigung

Übergangswohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge <small>geplant ungeplant</small>	Auslastung
neunerhaus Billrothstraße	44	6	142	0	4,97	106	98,2%
neunerhaus Hagenmüllerg.	72	18	81	0	27,5	31	99%

Betreutes Wohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge <small>geplant ungeplant</small>	Auslastung
neunerhaus Startwohnung	15	4	10	2	10,9	2	99%

Sozial Betreutes Wohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge <small>geplant ungeplant</small>	Auslastung
neunerhaus Kudlichgasse	60	30	41	-	Dauerwohnen	11	99,3%

Ambulante Einrichtungen	PatientInnen	Frauen	Männer	Kinder	Konsultationen	Ordination
Team neunerhausarzt	1.183	300	883	-	16.289	101 Std./Woche
neunerhaus Zahnarztpraxis	1.135	396	739	-	3.432	16 Std./Woche
neunerhaus Arztpraxis	-	-	-	-	-	12 Std./Woche
neunerhaus Tierärztliche Versorgungstelle						8 Std./Woche

Mobile Wohnbegleitung	Betreuungen	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Betreuungsende
Pilotprojekt Housing First	34	23	18	23	11,2	10



MitarbeiterInnen <sup>1</sup>	Gesamt
Vollzeitäquivalent	5,9
Köpfe	11
Frauen	6
Männer	5

<sup>1</sup> ohne Zivildienstleistende, mit Reinigung

Sozial Betreutes Wohnen	Wohnplätze <sup>1</sup>	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge geplant	ungeplant	Auslastung
NEUSTART Betr. Wohnen	70	30	140	0	229	25	73	93,4%

<sup>1</sup> = verrechnete Betten; daneben gibt es noch 7 nicht verrechnete Betten

### NEUSTART

Betreutes Wohnen  
 Holzhausergasse 4/3. Stock, 1020 Wien  
 Tel. 01/218 32 55-507  
 Fax 01/218 32 55-120  
[bewo@neustart.at](mailto:bewo@neustart.at)  
[www.neustart.at](http://www.neustart.at)

### Vorstellung der Organisation

NEUSTART ist eine Organisation, die der Gesellschaft Hilfen und Lösungen zur Bewältigung von Konflikten und damit Schutz vor Kriminalität und deren Folgen bietet.

### Leitsatz der Organisation

Leben ohne Kriminalität. Wir helfen.



MitarbeiterInnen <sup>1</sup>	Gesamt
Vollzeitäquivalent	42
Köpfe	63
Frauen	25
Männer	38

<sup>1</sup> ohne Zivildienstleistende, mit Reinigung;

Nachtquartiere	Wohnplätze	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge <small>geplant ungeplant</small>	Auslastung
Haus Hermes	133	370	1.328	0	-	-	89,1%
Haus Otto	75	0	953	0	-	-	75,3%
Pavillon 17 Winternotquartier	80	0	152	0	-	-	61,8% <sup>2</sup>

<sup>2</sup> niedrige Auslastung durch Besiedelungsphase

Sozial Betreutes Wohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge <small>geplant ungeplant</small>	Auslastung
Haus Henriette	60	0	76	0	-	5 11	100%

Mobile Betreuung	Betreute Personen	Frauen	Männer	Kinder	erfolgreich vermittelt
Otto Mobil	60	0	76	0	71

Mobile Wohnbegleitung	Betreuungsplätze	Frauen	Männer	Kinder	Auslastung
Startwohnungen	17	16	15	39	100%

#### Wiener Rotes Kreuz

Wiener Rotes Kreuz – Rettungs-, Krankentransport-, Pflege- und Betreuungsgesellschaft m.b.H.  
Nottendorfer Gasse 21, 1030 Wien  
Tel. 01/79 580  
Fax 01/79 580 - 9706  
[www.wrk.at](http://www.wrk.at)

#### Vorstellung der Organisation

Das Österreichische Rote Kreuz, Landesverband Wien, kurz „Wiener Rotes Kreuz“ ist der im Bundesland Wien aktive Teil des Österreichischen Roten Kreuzes.

Seit 2006 ist das Rote Kreuz nun auch im Bereich der Wohnungslosenhilfe aktiv und betreibt nunmehr 2 Nachtquartiere und 1 Sozial betreutes Wohnhaus.

#### Leitsatz der Organisation

Aus Liebe zum Menschen

# VEREIN STRUKTUR

## ZAHLEN UND FAKTEN 2013

MitarbeiterInnen <sup>1</sup>	Gesamt
Vollzeitäquivalent	-
Köpfe	-
Frauen	-
Männer	-

<sup>1</sup>nur ehrenamtliche MitarbeiterInnen

Begleitetes Dauerwohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge	geplant	ungeplant	Auslastung
Wohnhaus	5	0	6	0	unbegrenzt	1	0	100%	

### Verein Struktur

Linzerstraße 125-127/1/20, 1140 Wien

Tel. 0664/829 44 47

Fax 01/526 58 98

[caritasgemeinde@gmx.at](mailto:caritasgemeinde@gmx.at)

### Vorstellung der Organisation

Dauerwohngemeinschaft für Alkoholranke mit erheblichen Vorschädigungen (hoher Komorbiditätsgrad), Folgeschäden und sozialen Deprivationserfahrungen (Typ IV nach Lesch) mit der Zielsetzung eines abstinenter Lebens.

Mit den Schwerpunkten soziale Integration (familienähnliches Setting), gezielte psychiatrische Therapie der Basiserkrankung und rasche Krisenintervention werden Langzeitabstinenzraten zwischen 85 und 99% erreicht.

### Leitsatz der Organisation

Gemeinschaft heilt

### Volkshilfe Wien

Weinberggasse 77, 1190 Wien

Tel. 01/360 64-0

Fax 01/360 64-61

[landessekretariat@volkshilfe-wien.at](mailto:landessekretariat@volkshilfe-wien.at)

[www.volkshilfe-wien.at](http://www.volkshilfe-wien.at)

### Vorstellung der Organisation

Alljährlich unterstützt die Volkshilfe Wien mehr als 10.000 Menschen in Notsituationen. Der Verein stellt als Auftragnehmer der Stadt Wien im Bereich Pflege & Betreuung Heimhilfe, Hauskrankenpflege, INDIBET, Besuchsdienst sowie Essen auf Rädern zur Verfügung. Soziale Beratungs- und Betreuungsleistungen werden in den Bereichen Wohnungslosenhilfe (betreut.wohnen, FAWOS, Wohndrehscheibe, Sozial betreute Wohnhäuser Franziska Fast und Liesing), Arbeitsintegration, frauenspezifische Angebote, Jugend & Familie sowie Migration & Asyl geboten. Konkrete Unterstützung leisten zudem die Sozialberatung, das Kleiderlager, die Auslandshilfe und die Junge Volkshilfe.

Die Volkshilfe Wien beschäftigt insgesamt mehr als 1.700 haupt- und ehrenamtliche MitarbeiterInnen in der Zentrale im 19. Bezirk, in Außenstellen und den 23 Bezirksorganisationen. Finanziert werden die Leistungen aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Förderbeiträgen. Spenden an die Volkshilfe Wien sind steuerlich absetzbar. Im Mittelpunkt der Mensch ist nicht nur kommunikativer Leitsatz, sondern integrierter Bestandteil der täglichen Arbeit und des Engagements für Menschen in Not.

### Leitsatz der Organisation

Im Mittelpunkt der Mensch!

MitarbeiterInnen <sup>1</sup>	Gesamt
Vollzeitäquivalent	50,3
Köpfe	66
Frauen	43
Männer	23

<sup>1</sup> ohne Zivildienstleistende, mit Reinigung

Betreutes Wohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge <small>geplant ungeplant</small>	Auslastung
betreut wohnen	120	91	80	77	14,9	– –	98,6%
Flatworks <sup>2</sup>	90	32	20	69	8	– –	66,6%

<sup>2</sup> Vollständiger Name: Flatworks Integrationsbetreuung

Sozial Betreutes Wohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge <small>geplant ungeplant</small>	Auslastung
Wohnhaus Liesing	65	32	33	0	–	3 4	99,5%
Franziska Fast Haus	86	22	63	0	–	11 15	98,9%

Ambulante Einrichtungen	Per Brief kontaktiert	Beratene KlientInnen	Wohnung gesichert	Geldaushilfen notwendig
FAWOS	8.716	2.439	90%	14,5%
Wohndrehscheibe	–	1.488	–	–

MitarbeiterInnen <sup>1</sup>	Gesamt
Vollzeitäquivalent	10,9
Köpfe	16
Frauen	9
Männer	7

<sup>1</sup>ohne Zivildienstleistende, mit Reinigung

Betreutes Wohnen	Wohnplätze <sup>1</sup>	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge <small>geplant ungeplant</small>	Auslastung
WOBES Betreutes Wohnen	70	71	81	40	14,1	59 16	99%

<sup>1</sup>exkl. 30 nicht mit dem FSW verrechnete Wohnplätze

Mobile Wohnbegleitung	Frauen	Männer	Hausbesuche	Begleitungen	Kontakte insg.
Mobile Wohnbegleitung	24	18	-	-	-

### WOBES – Verein zur Förderung von Wohnraumbeschaffung

Werdertorgasse 15/3-6, 1010 Wien

Tel. 01/597 17 16

Fax 01/597 17 16-90

[office@wobes.org](mailto:office@wobes.org)

[www.wobes.org](http://www.wobes.org)

### Vorstellung der Organisation

Der Verein zur Förderung von Wohnraumbeschaffung – WOBES stellt im Rahmen der staatlichen sozialen Sicherheit und hier insbesondere als Teil des sozialen Netzes in Wien die Fürsorge für sozial bedürftige Menschen sicher.

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke und unterstützt den gefährdeten Personenkreis vorwiegend durch Beschaffung von geeignetem Wohnraum und durch umfassende sozialarbeiterische Betreuung.

### Leitsatz der Organisation

Jedem Menschen eine zweite Chance

# „WIEDER WOHNEN“ ZAHLEN UND FAKTEN 2013

MitarbeiterInnen <sup>1</sup>	Gesamt
Vollzeitäquivalent	254,3
Köpfe	266
Frauen	145
Männer	121

<sup>1</sup> ohne Zivildienstleistende, mit Reinigung, Stichtag: 31.12.2013

Nachtquartiere	Wohnplätze	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge <small>geplant ungeplant</small>	Auslastung
NQ Haus Gänsbachergasse <sup>2</sup>	16	98	0	0	09	- -	-
Hermann <sup>3</sup>	50	0	281	0	0,4	- -	89,4%
Haus Kastanienallee <sup>4</sup>	15	6	5	11	0,5	- -	65,5%
HG 5 <sup>5</sup>	40	79	0	0	0,2	- -	67,9%

<sup>2</sup> bis 30.4.2013

<sup>3</sup> bis 15.4.2013, Wintermaßnahme

<sup>4</sup> ab 1.3.2013, Wintermaßnahme

<sup>5</sup> ab 1.11.2013, Wintermaßnahme

Übergangswohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge <small>geplant ungeplant</small>	Auslastung
Haus Arndtstraße	141	85	46	130	13,7	34 5	101%
Haus Gänsbachergasse	252	220	323	0	6,0	151 170	94,8%
Haus Gänsbachergasse akut	18	57	0	0	4,2	26 17	89,3%
Haus Hernals	238	0	497	0	5,7	111 139	95,2%
Haus Hernals akut	30	0	88	0	4,2	40 16	98,4%
Haus Johnstraße	18	8	16	0	41,7	5 1	97,7%
Haus Kastanienallee	132	339	278	323	2	89 35	106,4%
Haus Siemensstraße	232	0	486	0	7,2	154 135	94,4%

Betreutes Wohnen	Wohnplätze	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge <small>geplant ungeplant</small>	Auslastung
Haus Felberstraße	51	45	30	84	5,7	28 3	107,5%
wohnbasis	175	94	62	175	20,3	28 4	94%

<b>Sozial Betreutes Wohnen</b>	Wohnplätze	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge <small>geplant</small> <small>ungeplant</small>		Auslastung
Haus LEO	48	0	61	0	17,9	5	4	99,8%
<b>Mobile Wohnbetreuung</b>	Wohnplätze	Frauen	Männer	Kinder	Aufenthalt	Auszüge <small>geplant</small> <small>ungeplant</small>		Auslastung
wohn: mobil	70	48	59	84	-	-	-	-
<b>Ambulante Einrichtungen</b>	Beratungs- gespräche	Straßen- einsätze	Zeitpunkt- messung	Besuche- rInnenanzahl	Prekariums- wohnung	Projektteil- nehmerInnen		
JOSI <sup>2</sup>	3.549	282	95	-	2	-		
Kontaktstelle aXXept	1.514	63	-	6.234	-	-		
Tageszentrum Ester	128	-	-	990	-	-		

<sup>2</sup> Tageszentrum für Obdachlose und Straßensozialarbeit

### „wieder wohnen“

Betreute Unterkünfte für wohnungslose Menschen gemeinnützige GmbH  
 15., Graumanngasse, 7-9, Stiege A, 2. OG  
 01/40 00-59110  
 04/40 00-59119  
[wiederwohnen@fsw.at](mailto:wiederwohnen@fsw.at)  
[www.wiederwohnen.at](http://www.wiederwohnen.at)

### Vorstellung der Organisation

Stabilisierung und Verbesserung der Lebens- und Wohnsituation obdachloser und wohnungsloser Frauen, Männer und Familien stehen im Mittelpunkt der Arbeit von “wieder wohnen”. Um die 250 MitarbeiterInnen arbeiten in multiprofessionellen Teams zusammen und gewährleisten somit die bestmögliche Unterstützung für die NutzerInnen.

Die “wieder wohnen“ – Betreute Unterkünfte für wohnungslose Menschen gemeinnützige GmbH ist ein Tochterunternehmen des Fonds Soziales Wien und ist mit ihren unterschiedlichen Wohn- und Betreuungsangeboten die größte Anbieterin innerhalb der Wiener Wohnungslosenhilfe.

# ADRESSEN

WWH-Einrichtungen nach Träger  
in alphabetischer Reihenfolge  
geordnet

## **Arbeiter-Samariter-Bund Wien**

Wohnen und Soziale Dienstleistungen  
gemeinnützige GmbH  
Pillergasse 24, 1150 Wien  
Tel. 01/89 145-272  
Fax 01/89 145-99 272  
[wsd@samariterwien.at](mailto:wsd@samariterwien.at)  
[www.samariterwien.at](http://www.samariterwien.at)

## **R3**

Nachtquartier für Frauen und Paare  
14., Reizenpfenninggasse 3

## **Haus Sama**

Übergangswohnhaus und Sozial  
Betreutes Wohnhaus  
10., Erlachgasse 68-70

## **WohnenPlus RIGA**

Betreutes Wohnen  
13., Riedelgasse 7-9

## **Haus Max Winter**

Sozial Betreutes Wohnhaus  
15., Pillergasse 20

## **Internetcafé ZwischenSchritt**

11., Dittmannngasse 1 A

## **Arbeitsgemeinschaft für Nichtsesshaftenhilfe Wien**

Lorenz-Mandl-Gasse 31-35, 1160 Wien  
Tel. 01/493 90 49  
Fax 01/493 93 924  
[office@arge-wien.at](mailto:office@arge-wien.at)  
[www.arge-wien.at](http://www.arge-wien.at)

## **Haus Eßlinger Hauptstraße**

Sozial Betreutes Wohnhaus  
22., Eßlinger Hauptstraße 9

## **Haus Leopoldauer Straße**

Sozial Betreutes Wohnhaus  
21., Leopoldauer Straße 2

## **Haus Maroltingergasse**

Sozial Betreutes Wohnhaus  
16., Lorenz-Mandl-Gasse 31-35/Eingang  
Maroltingergasse 64

## **Haus Schlachthausgasse**

Sozial Betreutes Wohnhaus  
3., Schlachthausgasse 41a

## **Betreutes Wohnen**

Betreutes Wohnen in Wohnungen  
für Familien  
15., Geibelgasse 25/1

## **Caritas der Erzdiözese Wien**

Albrechtskreithgasse 19-21, 1160 Wien  
Tel. 01/878 12-310  
Fax 01/878 12-9310  
[obdach-wohnen@caritas-wien.at](mailto:obdach-wohnen@caritas-wien.at)  
[www.caritas-wien.at](http://www.caritas-wien.at)

## **P7**

Wiener Service für Wohnungslose  
2., Pazmanitengasse 7

## **Gruft**

Betreuungszentrum für obdachlose  
Menschen  
6., Barnabitenngasse 14

## **FrauenWohnZimmer**

Tageszentrum für obdachlose und  
wohnungslose Frauen  
2., Springergasse 5

## **MigrantInnenzentrum**

Rechts- und Sozialberatung und  
Bereitstellung von Wohnungen  
16., Lienfeldergasse 75-79

## **Zweite Gruft**

Betreuungszentrum für obdachlose  
Menschen aus der EU  
Sozial- und Rückkehrberatung  
18., Lacknergasse 98

## **Medizinischer Betreuungsbus Louise**

Mobile ärztliche Erst- und  
Notversorgung  
18., Lacknergasse 98

## **U63**

Notschlafstelle für Männer  
12., Unter-Meidlinger Straße 63

## **FrauenWohnZentrum**

Frauenwohnhaus mit Tageszentrum,  
Nächtigungs- und Wohnbereich für  
Frauen  
2., Springergasse 5

## **Haus St. Josef**

Zielgruppenwohnhaus  
7., Bernardgasse 27

## **Haus Miriam**

Zielgruppenwohnen für Frauen in  
Krisensituationen  
18., Schopenhauerstraße 10

## **JUCA**

Zielgruppenwohnen mit einer Tagesstruktur  
für die BewohnerInnen  
16., Römergasse 64-66

## **Rupert-Mayer-Haus**

Zielgruppenwohnen und Sozial  
Betreutes Wohnhaus  
16., Kirchstetterngasse 26-28

## **Vinzenzhaus**

Zielgruppenwohnen  
6., Gfrornergasse 12

## **Haus Immanuel**

Mutter-Kind-Haus  
20., Vorgartenstraße 90

## **Haus Luise**

Mutter-Kind-Haus  
15., Schanzstraße 34

## **Startwohnungen**

Betreutes Wohnen für Frauen,  
Männer, Paare und Familien  
5., Wiedner Hauptstraße 105

## **Housing First**

Mobile Betreuung  
5., Wiedner Hauptstraße 105

## **INSIEME**

Betreutes Wohnen in Wohnungen für  
asylberechtigte und subsidiär  
schutzberechtigte Familien  
16., Lienfeldergasse 75-79/1

## **Haus Allerheiligen**

Sozial Betreutes Wohnhaus  
20., Salzachstraße 3

## **Haus Jona**

Sozial Betreutes Wohnhaus  
14., Cumberlandstraße 51

## **Haus Noah**

Sozial Betreutes Wohnhaus  
22., Heustadelgasse 38

## **Heilsarmee Österreich**

Große Schiffgasse 3, 1020 Wien  
Tel. 01/214 48 30  
Fax 01/214 48 30-55  
[austria@swi.salvationarmy.org](mailto:austria@swi.salvationarmy.org)  
[www.heilsarmee.at](http://www.heilsarmee.at)

## **SalztorZentrum**

Übergangswohnhaus  
2., Große Schiffgasse 3

## **SalztorZentrum – Betreutes Wohnen**

Betreutes Wohnen in Wohnungen  
für Männer  
2., Große Schiffgasse 3

## **Haus Erna**

Sozial Betreutes Wohnhaus  
21., Moritz-Dreger-Gasse 31

## **neunerhaus**

Margaretenstraße 166/1, 1050 Wien  
Tel. 01/990 09 09-900  
Fax 01/990 09 09-909  
[verein@neunerhaus.at](mailto:verein@neunerhaus.at)  
[www.neunerhaus.at](http://www.neunerhaus.at)

#### **Team neuerhausarzt**

Allgemeinmedizinische, aufsuchende Versorgung in 16 Wohnhäusern der Wiener Wohnungslosenhilfe  
5., Margaretenstraße 166/1 (Leitung)

#### **neuerhaus Zahnarzt**

Arztpraxis für obdach- und wohnungslose Menschen  
5., Margaretenstraße 166/1

#### **neuerhaus TierärztInnen**

Kostenlose tierärztliche Versorgungsstelle für Tiere obdach- und wohnungsloser Menschen  
5., Margaretenstraße 166/EG

#### **neuerhaus Billrothstraße**

Zielgruppenwohnhaus  
19., Billrothstraße 9

#### **neuerhaus Hagenmüllergasse**

Zielgruppenwohnhaus  
13., Riedelgasse 7-9

#### **neuerhaus Kudlichgasse**

Sozial Betreutes Wohnhaus  
10., Kudlichgasse 44

#### **neuerhaus Startwohnungen**

5., Margaretenstraße 166/3 (Leitung)

#### **neuerhaus Housing First**

5., Margaretenstraße 166/3 (Leitung)

#### **NEUSTART**

Betreutes Wohnen  
Holzhausergasse 4/3. Stock, 1020 Wien  
Tel. 01/218 32 55-507  
Fax 01/218 32 55-120  
[bewo@neustart.at](mailto:bewo@neustart.at)  
[www.neustart.at](http://www.neustart.at)

#### **Geschäftsführung**

Castelligasse 17  
1050 Wien  
Tel. 01/545 95 60

#### **Verein Struktur**

Linzerstraße 125-127/1/20, 1140 Wien  
Tel. 0664/829 44 47  
Fax 01/526 58 98  
[caritasgemeinde@gmx.at](mailto:caritasgemeinde@gmx.at)

#### **Betreute Wohngemeinschaft für alkoholranke Menschen**

für Frauen und Männer, Verbleib auf Dauer möglich  
14., Linzer Straße 125-127

#### **Volkshilfe Wien**

Weinberggasse 77, 1190 Wien  
Tel. 01/360 64-0  
Fax 01/360 64-61  
[landessekretariat@volkshilfe-wien.at](mailto:landessekretariat@volkshilfe-wien.at)  
[www.volkshilfe-wien.at](http://www.volkshilfe-wien.at)

#### **FAWOS**

Fachstelle für Wohnungssicherung  
2., Schiffamtsgasse 14/3. Stock

#### **Franziska-Fast-Wohnhaus**

6., Gumpendorfer Gürtel 6

#### **“betreut wohnen”**

für Frauen, Männer, Paare und Familien  
12., Bischoffgasse 26/2/4

#### **FLATworks**

Betreute Wohnintegration für MigrantInnen in Wien  
5., Margaretenstraße 138-14

#### **Haus Liesing**

Sozial Betreutes Wohnhaus  
23., Breitenfurter Straße 336

#### **Wohndrehscheibe**

2., Große Sperlgasse 26

#### **„wieder wohnen“**

Betreute Unterkünfte für wohnungslose Menschen gemeinnützige GmbH  
15., Graumanngasse, 7-9, Stiege A, 2. OG  
Tel. 01/4000-59110  
Fax 01/4000-59119  
[wiederwohnen@fsw.at](mailto:wiederwohnen@fsw.at)  
[www.wiederwohnen.at](http://www.wiederwohnen.at)

#### **Haus Arndtstraße**

Übergangswohnhaus für Familien  
12., Arndtstraße 65-67

#### **Kontaktstelle aXXept**

Obdachlose junge Erwachsene mit Mehrfachproblematik (Schwerpunkt Punks)  
6., Windmühlgasse 30

#### **Haus Felberstraße**

Betreutes Wohnen in Wohnungen für Familien  
15., Felberstraße 116

#### **Haus Gänsbachergasse**

Übergangswohnhaus für Frauen, Männer und Paare und Nachtquartier für Frauen  
3., Gänsbachergasse 7

#### **Haus Hernals**

Übergangswohnhaus für Männer  
17., Wurlitzergasse 89

#### **Haus Johnstraße**

Übergangswohnhaus für junge Erwachsene mit Mehrfachproblematik (Schwerpunkt Punks)  
15., Johnstraße 45

#### **Tageszentrum Josi**

8., Josefstädterstraße – U6 Station

#### **Haus Kastanienallee**

Übergangswohnhaus für Familien  
12., Kastanienallee 2

#### **Haus LEO**

Dauerwohnen für Männer  
17., Redtenbachergasse 82

#### **Haus Siemensstraße**

Übergangswohnhaus für Männer  
21., Siemensstraße 109

#### **Tageszentrum Ester**

Tageszentrum für obdach- und wohnungslose Frauen  
6., Gumpendorferstraße 64

#### **Wintermaßnahme (Hermann/HG5)**

3., Gänsbachergasse 5

#### **wohn:mobil**

Mobile Wohnbetreuung  
15., Graumanngasse 7-9, Stiege A/1. OG

#### **wohnbasis**

Betreutes Wohnen in Wohnungen für Familien  
15., Graumanngasse 7-9, Stiege A/1. OG

#### **Wiener Hilfswerk – Bürger in Not**

Schottenfeldgasse 29, 1070 Wien  
Tel. 01/512 36 61-715  
Fax 01/512 36 61-716  
[gernot.ecker@wiener.hilfswerk.at](mailto:gernot.ecker@wiener.hilfswerk.at)  
[wien.hilfswerk.at](http://wien.hilfswerk.at)

#### **Haus Hausergasse**

Sozial Betreutes Wohnen  
10., Hausergasse 4-6

#### **Haus Bürgerspitalgasse**

Sozial Betreutes Wohnen  
6., Bürgerspitalgasse 4-6

#### **Haus Tivoligasse**

Sozial Betreutes Wohnen  
12., Tivoligasse 41

#### **Betreutes Wohnen**

für Frauen und Familien  
7., Schottenfeldgasse 29

#### **Wiener Rotes Kreuz**

Wiener Rotes Kreuz – Rettungs-, Krankentransport-, Pflege- und Betreuungsgesellschaft m.b.H.  
Nottendorfer Gasse 21, 1030 Wien  
Tel. 01/79 580  
Fax 01/79 580-9706  
[www.wrk.at](http://www.wrk.at)

#### **Haus Hermes**

Nachtquartier für Männer  
3., Gänsbachergasse 5

#### **Haus Otto**

Nachtquartier für Männer  
14., Baumgartner Höhe 1, Otto-Wagner-Spital, Pav. 25

#### **Startwohnungen**

Betreutes Wohnen in Wohnungen für asylberechtigte Familien  
9., Brünnlbadgasse 17

#### **Haus Henriette**

Sozial Betreutes Wohnhaus  
2., Engerthstraße 154 a  
[henriette.leitung@w.rotekreuz.at](mailto:henriette.leitung@w.rotekreuz.at)

#### **WOBES – Verein zur Förderung von Wohnraumbeschaffung**

Werdertorgasse 15/3-6, 1010 Wien  
Tel. 01/597 17 16  
Fax 01/597 17 16-90  
[office@wobes.org](mailto:office@wobes.org)  
[www.wobes.org](http://www.wobes.org)

#### **Betreutes Wohnen**

Betreutes Wohnen in Wohnungen für Frauen, Männer und Familien  
1., Werdertorgasse 15/3-6



**VERBAND WIENER  
WOHNUNGSLOSENHILFE  
JAHRESBERICHT 2013**